

AUCH EIN RAT DER WEISEN FÜR DEUTSCHLAND?

Sozioökonomische Determinanten extremistischer Wahlerfolge –

Das Beispiel der Europawahlen 1994 und 1999 in Deutschland

Martin Steininger, Technische Universität München

und

PD Dr. Ralph Rotte, RWTH Aachen

Kurzfassung

Die vorliegende Studie identifiziert durch die ökonometrische Auswertung eines selbstgestellten neuen Datensatzes auf Kreisebene die statistisch signifikanten sozioökonomisch-strukturellen Faktoren, die die Stimmenanteile der rechtsextremen („Republikaner“ und NPD) und linksextremen (PDS) Parteien bei den beiden letzten Wahlen zum Europäischen Parlament bestimmten. Die Resultate der „ökologischen Analyse“ stehen teilweise im Gegensatz zu den bisherigen Ergebnissen der empirischen Forschung und insbesondere zu den in der Öffentlichkeit genannten Bedingungen rechts- / linksextremistischer Wahlerfolge. Sie unterstreichen insbesondere die Notwendigkeit einer Differenzierung zwischen West- und Ostdeutschland sowie unter den (rechts-)extremen Parteien. Als zentrale strukturelle Handlungsfelder der demokratischen Politik in der Auseinandersetzung mit dem Rechts- / Linksextremismus werden die differenzierte Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Jugendarbeit und die Beibehaltung bedarfsgeprüfter, wesentlicher Transferleistungen des Sozialstaates herausgearbeitet.

Gliederung:

1. Einleitung
2. Zum Forschungsstand
 - 2.1. Vorbemerkungen
 - 2.2. Determinanten von Rechtsextremismus und Populismus
 - 2.3. Parallelen zwischen Rechts- und Linksextremismus
 - 2.4. Determinanten des Erfolgs der PDS
3. Extremistische Parteien bei den Europawahlen
 - 3.1. Rechtsextreme Parteien: „Republikaner“ und NPD
 - 3.2. Linksextreme Partei: PDS
4. Datensatz und statistische Methodik
5. Ergebnisse
 - 5.1. Resultate der Schätzungen für REP und NPD
 - 5.2. Resultate der Schätzungen für die PDS
6. Diskussion
7. Anhang

1. EINLEITUNG

Am 3. Oktober 1999 entfielen bei der Nationalratswahl in Österreich 26,91% der gültigen Stimmen auf eine Partei, deren (damaliger) Bundesparteiobmann, Jörg Haider, seit seiner Wahl im September 1986 zum Vorsitzenden der *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ, seit Januar 1995 zu *Die Freiheitlichen* umbenannt) den Kurs der FPÖ bestimmte und mit seiner Wende zur Xenophobie, zu einem ausschließenden Nationalismus und zu einem Kulturkampf gegen Künstler und Linke der Partei zu beträchtlichen Stimmengewinnen verhalf (u.a. Luther, 1991; Januschek, 1993, Plasser/Ullram, 1995). Die beiden großen Volksparteien, SPÖ und ÖVP, erhielten den geringsten Wählerzuspruch (33,15% bzw. 26,91%) in einer Nationalratswahl in der zweiten Republik und mit 415 Stimmen Vorsprung vor der ÖVP bekam die FPÖ nach der SPÖ die zweitmeisten Wählerstimmen. Die ÖVP unter Wolfgang Schüssel ging eine Koalition mit der FPÖ ein und der Rest von Europa war entsetzt. Alle Mitgliedsstaaten der EU reagierten nach der Einbeziehung einer rechtsextremen Partei in eine Regierung eines europäischen Landes und verhängten Sanktionen gegen Österreich.

Ist Österreich ein Einzelfall oder betrachten wir ähnliche Entwicklungen auch in anderen europäischen Ländern? Provokanter formuliert, muß das Mandat der XIV durch den Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte auch auf andere Staaten ausgeweitet werden?

Nicht nur Österreich, sondern auch eine Vielzahl weiterer europäischer Staaten verzeichneten Ende des letzten Jahrtausends einen Anstieg (rechts-)extremistischer Stimmen bei Wahlen (The Economist, 1999, S. 37). Dieser Stimmenzuwachs fällt zusammen mit einer Periode soziokultureller Veränderungen in den meisten westlichen Gesellschaften. Seit Ende der 80-iger Jahre rücken immer mehr die Fragen über die Konsequenzen einer unrestringierten Zuwanderung und die Zukunft des Sozialstaates in den Mittelpunkt. Dies sind Ausdrücke einer neuen politischen Kultur von Vorbehalten, die aufgrund der weltweiten technologischen und ökonomischen Veränderungen jenseits aller Grenzen aufblühen. Die überwiegenden Elemente, die uns ersichtlich werden, sind ein europaweites, verstärktes Auftreten rechter Parteien/Rechtsextremisten bzw. Rechtspopulisten, ein wachsender Einfluß auf etablierte Parteien und die öffentliche Meinung (Zuwanderungssängste, „Eurosepticism“) sowie allgemeine Elemente, die sich in Nationalismus, Xenophobie, Rassismus, Ablehnung des politisch-gesellschaftlichen Establishments, Gesetz und Ordnung, Einstellung gegen den Mißbrauch des Sozialstaates („social parasites“) oder antidemo-

kratische Einstellungen (z.B. starke politische Führer, begrenzte Freiheit von Rede und Bewegung) widerspiegeln.

Nach der deutlichen Zunahme wahrgenommener rechtsextremer Aktivitäten in der Bundesrepublik und den deutlichen Erfolgen extremistischer Parteien in den letzten Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen steht die Frage einer sachpolitischen Bekämpfung des Rechts- und des Linksextremismus wieder verstärkt im Mittelpunkt der öffentlichen und parteipolitischen Diskussion. Beispielhaft hierfür ist die offensichtliche Etablierung der PDS als postkommunistische Protestpartei in den neuen Bundesländern und die unter massiver populistischer und ausländerfeindlicher Propaganda zustande gekommenen Erfolge der DVU (in Sachsen-Anhalt 1998, Bremen und Thüringen 1999) sowie die Behauptung der Republikaner als relevante politische Kraft zumindest in Baden-Württemberg zeigen in zum Teil besorgniserregender Weise, daß das Parteiensystem für ein bedeutendes Wählerpotential offenbar nicht mehr attraktiv genug ist (Menudier, 1998). In dieser Hinsicht stellt der in Parteien organisierte Rechtsextremismus zusammen mit der linksextremen Ablehnung des bundesrepublikanischen Staates und dem wachsenden Desinteresse der Bevölkerung an Wahlen aufgrund eines gesteigerten Mißtrauens gegen das Berufspolitikertum (z.B. Noelle-Neumann/Köcher, 1993: 652ff.; Pöttker, 1996) ein gravierendes demokratiepolitisches Problem dar.

Für die Verhinderung einer dauerhaften parlamentarischen Präsenz undemokratischer Parteien ist es daher von zentraler Bedeutung, die Ursachen für die Wahl extremer Parteien zu kennen. Hierzu gibt es in der Parteien- und Wahlforschung eine kaum zu übersehende Literatur im nationalen wie im internationalen Bereich. Dabei spielen einerseits die Analyse von Inhalt und Struktur rechtsextremistischer Parteiprogramme, der Parteiorganisationen und ihrer Repräsentanten, ihrer Wahlkampf-aussagen und ihrer Medienpräsenz, sowie andererseits die empirische Auswertung von Umfrage- und Wahlergebnissen als bevorzugte Instrumente der Forschung eine bedeutende Rolle. Letztere beruhen in erster Linie auf der Analyse von Persönlichkeitsstrukturen und sozialen wie ökonomischen Lebensumständen der Befragten. Verhältnismäßig rar sind hingegen Untersuchungen, die sich mit dem Zusammenhang von Wahlergebnissen und bestehenden sozioökonomischen Strukturen auf lokaler oder regionaler Ebene beschäftigen. Soweit solche Studien überhaupt vorliegen, sind sie zudem oft mit dem Manko behaftet, daß das verwendete empirische Instrumentarium (einschließlich der Reichweite der genutzten Daten) weder der Komplexität der Fragestellung noch dem *gegenwärtigen Stand der statistischen Methodik* gerecht wird. Vor diesem Hintergrund zeichnet sich die hier vorgestellte Untersuchung durch folgende Punkte aus, die ihren inhaltlichen wie methodischen Ansatz prägen:

- Die Analyse stützt sich ausschließlich auf objektivierbare politische und sozioökonomische Daten. Die Fragestellung richtet sich somit ausschließlich auf die strukturellen Determinanten extremer Wahlerfolge in Deutschland. Diese, in der sozialwissenschaftlichen Literatur als „ökologische Analyse“ bekannte Vorgehensweise ermöglicht die Identifizierung relevanter sozial- und wirtschaftspolitischer Bedingungen, die von der praktischen Politik durchaus verändert und damit zur Bekämpfung des Extremismus eingesetzt werden können. Ein solcher Ansatz setzt natürlich voraus, daß für das Wahlverhalten tatsächlich gegebene Bedingungen und nicht (falsche) subjektive Perzeptionen relevant sind bzw. die Perzeption der sozioökonomischen Verhältnisse durch den Wähler halbwegs realistisch ist.
- Die Analyse nähert sich den konkreten Lebensumständen der Menschen vor Ort so weit an, wie dies mit Hilfe aggregierter statistischer Daten überhaupt und angesichts der vorgegebenen Datenlage inhaltlich möglich ist. Sie wertet dazu einen Datensatz aus, der wesentliche sozioökonomische Informationen auf Kreisebene umfaßt. Auf dieser Ebene existiert bislang keine Untersuchung für das ganze Bundesgebiet, das hier in seiner Grundgesamtheit abgebildet wird anstatt mit Hilfe mehr oder weniger repräsentativer Einzelbeobachtungen. Natürlich findet sie entsprechend dort ihre Grenzen, wo sie noch nicht auf entsprechende Daten zurückgreifen kann. Ebenso zu beachten ist die grundsätzliche Problematik des „ökologischen Fehlschlusses“, auf die noch im zweiten Abschnitt des Vortrags einzugehen sein wird.
- Die hier betrachteten Ergebnisse der beiden Europawahlen wurden aus zwei wesentlichen Gründen ausgewählt. Zum einen waren die Resultate der hier analysierten extremen Parteien in diesen beiden Wahlen noch verhältnismäßig einfach zu identifizieren und mit den strukturellen Daten der Kreise, die ja zum Teil erheblich von den Wahlkreisen abweichen, zu verbinden. Untersuchungen für die Bundestagswahlen sind wesentlich aufwendiger und erst in Zukunft möglich. Desweiteren ist aus der existierenden Wahlforschung bekannt, daß die Ergebnisse von Europawahlen als „Denkzettelwahlen“ aufgrund der verbreiteten Geringschätzung der legislativen Rolle des Europäischen Parlaments weniger stark von taktischen Erwägungen der Wähler verzerrt sind als etwa Bundestagswahlen, bei denen die Frage der Regierungsmehrheit im Mittelpunkt steht (z.B. Forschungsgruppe Wahlen, 1989; Niedermayer, 1994). Hinzu kommt, daß auch Europawahlen traditionell stark von innenpolitischen Themen dominiert werden (z.B. Niedermayer, 1994; Schmitt, 1994; Infratest dimap, 1999). Entsprechend geht diese Studie davon aus, daß Europawahlen besonders aufschlußreich im Hinblick auf die spontane Äußerung der Wählerbefindlichkeit und ihrer sozioökonomischen Einflüsse sind.

- Die empirische Analyse bedient sich eines statistischen Ansatzes, der in der volkswirtschaftlichen Literatur weitverbreitet ist (Panel Modell), jedoch in den Sozial- und Politikwissenschaften relativ selten verwendet wird. Mit Hilfe dieses Ansatzes liegt ein technisches Instrument vor, das viele der üblichen statistisch-methodischen Probleme empirischer Untersuchungen in engen Grenzen halten kann.

Der Vortrag gliedert sich in fünf weitere Teile. Abschnitt 2 gibt einen knappen Überblick über empirisch gestützte Ergebnisse zu den Determinanten des Wahlverhaltens bezüglich extremistischer Parteien und der methodischen Grundproblematik der „ökologischen“ Analyse. Abschnitt 3 geht kurz auf die rechts- und linksextremistischen Parteien in der Bundesrepublik ein. Abschnitt 4 stellt den Datensatz und die statistische Methodik der Untersuchung vor. Abschnitt 5 bzw. 6 referiert und interpretiert die Ergebnisse der vorgenommenen Regressionsanalyse, faßt die wesentlichen Ergebnisse zusammen und zieht Schlußfolgerungen für die praktische Politik.

2. ZUM FORSCHUNGSSTAND

2.1. Vorbemerkungen

Angesichts der europaweiten verstärkten Attraktivität rechter Parteien und Gruppierungen und deren Wahlerfolgen in den 80er und 90er Jahren existieren sowohl im nationalen als auch im internationalen Bereich eine große Anzahl von Forschungsarbeiten, die der Frage nach den Determinanten dieser Attraktivität nachgegangen sind. Einen Überblick zu dieser Thematik geben u.a. Ignazi (1992) und Armingeon (1995). Nachdem die europäischen linksextremen Parteien nach dem Kollaps der realsozialistischen Staaten als ihre zentralen Geld- und Ideengebern seit dem Ende der achtziger Jahre mit großen materiellen wie ideologischen Problemen zu kämpfen haben, überrascht es nicht, daß die Zahl der entsprechenden Untersuchungen – vor allem empirische Arbeiten, die über die Schilderung von Organisationsstrukturen und Parteizielen hinausgehen - zu den Linksparteien wesentlich geringer ist. Im Mittelpunkt der Forschung steht hier die Frage nach der tatsächlichen Wandlung der kommunistischen Parteien zu „demokratisch-sozialistischen“, insbesondere in Italien und Deutschland. Im folgenden werden einige zentrale Resultate zusammengefaßt, die - ohne Anspruch auf Vollständigkeit - den wesentlichen Stand der auch international rezipierten Forschung zu den Determinanten des politischen Extremismus zusammenfassen.

Bevor jedoch auf die konkreten Determinanten extremistischer Erfolge eingegangen werden kann, sind noch einige Begriffe zu klären, die in der Extremismusdiskussion eine zentrale Rolle spielen. Terminologisch zu unterscheiden ist dabei zunächst zwischen „extremen“ und „radikalen“ Parteien. In der wissenschaftlichen und publizistischen Literatur gibt es im Grunde bis heute noch keinen wirklich befriedigenden Grundkonsens bezüglich der begrifflichen Unterscheidung zwischen politischen Extremismus und Radikalismus. Dies hat dazu geführt, daß beide Begriffe in der politikwissenschaftlichen und soziologischen Forschung weitgehend synonym verwendet werden. Will man beide Termini dennoch unterscheiden, können als extremistisch generell Organisationen und Parteien, Ideologien und Einstellungen bezeichnet werden, die den demokratischen Verfassungsstaat, den politischen Pluralismus und das freiheitliche Recht auf Opposition ablehnen. Der engere Begriff des Radikalismus bezieht sich demgegenüber eher auf die Art und Weise, mit der ein politisches Ziel durchgesetzt werden soll, insbesondere durch Gewalt und Terror, während Extremismus auf das politische Ziel und die politische Vorstellung selbst abzielt. Der Verfassungsschutz versteht in Anlehnung an das Bundesverfassungsschutzgesetz und das Strafgesetzbuch unter extremistischen Parteien solche, deren Bestrebungen fundamental gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind (vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, 1999, S. 3f). Unter politischem Extremismus versteht man also weitgehend verfassungsfeindliche, demokratiegefährdende Strömungen mit mehr oder weniger autoritärer oder totalitärer Zielsetzung auf der Basis einer mehr oder weniger geschlossenen antipluralistischen Ideologie. Der solcherart weit gefasste Extremismusbegriff ermöglicht damit auch eine Subsumierung populistischer Strömungen, wie sie insbesondere für einen Teil der „dritten Welle“ des europäischen Rechtsextremismus seit den 80er Jahren charakteristisch ist.

Das alleinige Kriterium, das in diesem Vortrag für die Einstufung einer Partei als extremistisch, d.h. für den verfassungsfeindlichen Charakter angewendet wird, ist die Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Mit dieser Festlegung wird auch ein weiteres Problem der Unterscheidung zwischen Extremen, Radikalen und Populisten umgangen, das sich insbesondere aus den Intellektualisierungsversuchen des Rechtsextremismus ergibt: Durch eine sorgfältigere Wortwahl und bürgerliche Ablehnung von Gewalt und Umsturz hofft die „Neue Rechte“ die Grenze zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus zu verwischen. Selbst wenn diese Versuche bislang als nicht allzu erfolgreich erscheinen, erschwert die Verbrämung eigentlich extremer Ziele durch die rhetorische Annäherung an rechtskonservative Positionen ihre eindeutige Identifikation und Zuordnung, z.B. in der umstrittenen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, 2000; Bundesamt für Verfassungsschutz, 2000, S. 69ff.). Die problematische Abgrenzung der ver-

schiedenen Gruppen zeigt sich schließlich auch in organisatorischen Verbindungen zwischen „populistischen“ und „extremen“ Parteien, z.B. zwischen den Republikanern und der NPD (Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz, 2000, S. 5ff). Entsprechend ist es folgerichtig, wenn diese theoretische Differenzierung in der Praxis des Verfassungsschutzes keine zentrale Rolle spielt.

2.2 Determinanten von Rechtsextremismus und Populismus

Bevor im Folgenden die Determinanten des Erfolgs rechtsextremer Parteien herausgearbeitet werden, geben die Grafiken 1 bis 4 im Anhang kurz einen Überblick über die Entwicklung und das Ausmaß von Straftaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremistischem Hintergrund in Deutschland (insgesamt, nach Zielrichtungen, nach Bundesländer). Rechte Einstellungen sind keineswegs weniger verbreitet in Ostdeutschland als im Westen. Angaben des Bundeskriminalamtes weisen zwar Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt als diejenigen Bundesländer aus, die 1998/99 mit je über 80 Vorfällen die meisten Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremistischem Hintergrund aufwiesen (bei bundesweit 708 bzw. 746 Gewalt- und 11.049 bzw. 10.037 Straftaten in den beiden Jahren). Bezieht man die Zahl der Gewalttaten jedoch auf je 100.000 Einwohner, so dominieren die fünf neuen Länder, an der Spitze Sachsen-Anhalt mit über 3 und Mecklenburg-Vorpommern mit deutlich über 2,5 Gewalttaten. Nimmt man als Basis jeweils 100.000 Ausländer, so zeigt sich sogar, daß das Risiko, Opfer einer Gewalttat zu werden, in Ostdeutschland (inkl. Berlin) mehr als zehnmals so hoch ist als im Westen (1998: 57,99 gegen 4,56; 1999: 50,28 gegen 5,80). Diese Entwicklung hat u.a. dazu geführt, daß große internationale Reiseführer eindringlich vor einem Besuch mancher Regionen in Ostdeutschland warnen. Als besonders ausländerfeindlich werden die Städte Halle, Dresden, Magdeburg, Rostock und die Insel Rügen, aber auch die Hauptstadt Berlin beschrieben (z.B. Schulte-Peevers u.a., 2000). Offenbar ist der Rechtsextremismus in seinen verschiedenen Ausdrucksformen ein gesamtdeutsches Problem, weniger eines von West- oder Ostdeutschland.

Da der Rechtsextremismus als ideologische Kombination verschiedenster Elemente aufgefaßt werden kann, ist es bei der Frage nach den Determinanten des Erfolges rechtsextremer Parteien notwendig, sich eine differenzierte Betrachtungsweise zu eigen zu machen. Als überwiegendes verbindendes Element aller rechtsextremen Parteien Westeuropas werden jedoch insbesondere Rassismus und Nationalismus identifiziert. Von Rechtsextremismus kann man in Anlehnung an die obige Begriffsbestimmung und empirische Gemeinsamkeiten der betreffenden Parteien dann spre-

chen, wenn mindestens je ein Element aus zwei Komplexen von Attributen vorhanden ist: In-Outgroup-Differenzierung (mit Ethnozentrismus, Rassismus und Xenophobie) und Hierarchie (Autoritätssehnsucht, Nationalismus).

Faßt man die Ergebnisse von Wahlen und Umfragen zusammen, wie sie in der Literatur berichtet werden, so lassen sich folgende Eigenschaften der Wähler rechtsextremer Parteien in Westeuropa identifizieren:

- grundsätzliche, fremdenfeindliche Opposition gegen eine weitere Zuwanderung von Ausländern (ungeachtet der realen Gegebenheiten des Ausländerzuzugs) (z.B. Lepszy, 1989; Falter, 1994);
- Verbindung von Xenophobie mit einem ausgeprägten Gefühl nationaler Identität, die in einem radikalen Nationalismus mündet (z.B. Saalfeld, 1993; Fascher, 1997);
- Orientierung an typisch männlichen, individualistischen Stereotypen, Einstellung gegen die Frauenemanzipation (z.B. Fascher, 1997; Rippl u.a., 1998);
- Selbstperzeption als in einer wirtschaftlich unsicheren Situation befindliches Opfer der sozioökonomischen und technologischen Modernisierung im Zuge der Globalisierung (in Ostdeutschland auch der Wiedervereinigung), nicht zuletzt aufgrund eines eher unterdurchschnittlichen Bildungsniveaus (z.B. Hopf, 1994; Mayer, 1996);
- Abscheu gegenüber der etablierten Politik sowie Ablehnung des politisch-gesellschaftlichen Establishments als korrupt und dekadent (z.B. Lepszy, 1989; Falter, 1994).

Aus diesen Eigenschaften folgen einige strukturelle Determinanten für den Erfolg rechter Parteien. Zum einen ist hier die wirtschaftliche Benachteiligung, z.B. drohende oder tatsächliche Arbeitslosigkeit, zu nennen, die unter dem Schlagwort der relativen sozioökonomischen Deprivation zum Standardrepertoire der Erklärung extremistischer Phänomene gehört. Als ebenso wichtig und von manchen Autoren als entscheidend betrachtet werden kann jedoch auch die kulturelle und psychische Opposition gegen die Modernisierung, die zu einer Aushöhlung tradierter Orientierungsmuster auch in der Parteienlandschaft und Regierungspraxis führt. Beide Aspekte verbinden sich zum Teil mit der wachsenden Öffnung der europäischen Gesellschaften, die beispielsweise in der Einwanderung ihren unmittelbaren interkulturellen Niederschlag findet. Wichtig ist dabei die Feststellung, daß es weniger das tatsächliche Ausmaß der Zuwanderung als vielmehr die Medienaufmerksamkeit in der Folge immigrations- und ausländerfeindlicher Kampagnen rechter Parteien ist, die rechtsextreme Wahlerfolge erst zu ermöglichen scheinen (Friedrichsen/Schulz/Wolling, 1995).

Nachdem die Äußerung und Selbsteinschätzung von Präferenzen durch Interviews statistisch-methodisch durchaus problematisch ist und immateriell-psychische Einstellungen schwerer durch politische Maßnahmen zu verändern sind als sozioökonomische Rahmenbedingungen, stellt sich natürlich die Frage, welche strukturellen Determinanten den Erfolg rechter Parteien begünstigen. Eine Beantwortung dieser Frage wird durch einen, in der sozial- und politikwissenschaftlichen Literatur als „ökologisch“ bezeichneten, methodisch stark an der statistischen Regressionsanalyse orientierten Ansatz ermöglicht, der auf die konkreten sozioökonomischen Umweltbedingungen von Wahlentscheidungen focussiert. Die Ergebnisse von vier besonders interessanten Arbeiten seien ohne Anspruch auf einen repräsentativen Charakter für die Literatur stichpunktartig referiert:

- Kommunalwahlen in Belgien 1988 (Torfs, 1991):
 - höhere Durchschnittseinkommen: Liberale (+ : positiver Effekt), Christdemokraten und Sozialisten (- : negativer Effekt);
 - hoher Anteil von Beziehern staatlicher Sozialleistungen: Sozialisten (+), Christdemokraten (-);
 - hoher Akademikeranteil: Sozialisten (-), Grüne (+);
 - jüngere Wähler: Christdemokraten und Grünen (+); ältere Wähler: Sozialisten, Liberale und Vlaams Blok (+);
 - Ballungsraum: Christdemokraten (-), Sozialisten, Grüne und Vlaams Blok (+);
 - hoher Anteil nordafrikanischer Einwanderer an der Gesamtbevölkerung: Sozialisten und Vlaams Blok (+), Grünen (-);
 Für die Determinanten des Wahlerfolges der Rechtsextremen folgt daraus, daß der Vlaams Blok in erster Linie bei älteren Bürgern, in städtischen Verdichtungsräumen und bei relativ hohen Zuwandereranteilen Zuspruch findet.
- Bürgerschaftswahlen in Hamburg 1993 (Jagodzinski/Friedrichs/Dulmer, 1995):
 - sozioökonomische Probleme (Arbeitslosigkeit, Wohnsituation) erhöhen signifikant die Bereitschaft rechtsextrem oder gar nicht zu wählen;
- Kommunalwahl in Amsterdam 1994 (Bijlsma/Koopmans, 1996):
 - Anteil verheirateter Paare und Anteil von Minderheiten in der Nachbarschaft erhöhen die Bereitschaft, rechtsextrem zu wählen;
 - nicht nur die gesamte Immigrantensituation ist signifikant, sondern auch das relative Übergewicht islamischer Zuwanderer (Türken, Marokkaner) gegenüber schwarzen Immigranten (aus Surinam und den Niederländisch-Antillen);
- Belgien, Frankreich, Niederlande, Westdeutschland, Dänemark und Italien zwischen 1984 und 1993 (Knigge, 1998):

- wachsende Zuwandererzahlen und Unzufriedenheit mit dem politischen Regime sind signifikant positiv, während eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation (insbesondere höhere Arbeitslosigkeit) die Attraktivität rechtsextremer Parteien sogar verringert.

An dieser Stelle des Vortrags scheint es wichtig zu sein, auf ein grundsätzlich methodisch-theoretisches Problem der „ökologischen Analyse“ kurz hinzuweisen, das erstmals 1950 von Robinson explizit diskutiert wurde: die Gefahr des sogenannten „ökologischen“ Fehlschlusses. Für eine detailliertere Diskussion muß hier auf die einschlägige Literatur verwiesen werden. Der sog. „ökologische Fehlschluss“ bezeichnet die prinzipielle logische Unmöglichkeit, aus aggregierten Daten auf das Verhalten von Individuen schließen zu können, d.h. aus aggregierten Daten auf die Charakteristika und Motive der individuellen Entscheidungsträger zu schließen, kann unter Umständen in die Irre führen. Vor diesem Hintergrund stellt sich das Problem des „ökologischen“ Fehlschlusses auf den ersten Blick als fundamental gerade für die Wahlforschung dar. Die Reaktion in der Literatur reicht daher seit Robinson (1950) auch von wenig überzeugenden Versuchen, das Problem gänzlich zu verneinen (z.B. Bogue/Bogue, 1982) über den Umweg, ihm mittels besonderer Schätzmethoden Herr zu werden (z.B. King, 1997), bis hin zur generellen Resignation (z.B. Flanigan/Zingale, 1985). Auf der anderen Seite gibt es jedoch im spezifischen Fall der Wahlforschung zwei inhaltliche Sichtweisen, die die Verwendung aggregierter Daten durchaus als sinnvoll erscheinen lassen. Wenn über die konkrete Situation des Wählers nichts bekannt ist, sondern nur Informationen über sein Umfeld vorliegen, kann aus diesen Daten offensichtlich wenig Erkenntnis über das individuelle Entscheidungskalkül, das zur Wahl rechtsextremer Parteien führt, gezogen werden. Faßt man nun jedoch die Fragestellung allgemeiner und orientiert sich am politischen (normativen) Ziel der Bekämpfung des Rechtsextremismus, wie es hier eingangs bereits angedeutet wurde, dann ist das Problem weniger virulent. Denn dann kommt es lediglich auf den Zusammenhang zwischen sozioökonomischen Bedingungen und rechtsextremen Wahlerfolgen per se an, unabhängig davon, ob die zugrundeliegenden Entscheidungsmechanismen auf individueller oder kollektiv-aggregierter Ebene ablaufen.

Eine gute Grundlage für eine inhaltlich-theoretische Verbindung von Resultaten der „ökologischen“ Analyse mit der individuellen Wahlentscheidung liefert zudem die Theorie des „sociotropic voting“. Sie geht davon aus, daß für die individuelle Wahlentscheidung nicht nur die konkrete sozioökonomische oder gar nur die finanzielle Situation des Einzelnen oder seiner Familie von zentraler Bedeutung ist, sondern auch diejenige des Umfeldes, sei es aus genuin altruistischen Motiven, sei es

aufgrund der damit verbundenen Einschätzung des Risikos für die Bewahrung der eigenen Position (Kramer, 1983). Verschiedentlich wird sogar davon ausgegangen, daß die kollektive Orientierung für die Wahlentscheidung wesentlich wichtiger ist als die persönlich-individuelle (z.B. Stögbauer, 2000: 10f.).

Ein weiterer wichtiger Punkt besteht in der Nachbildung des sozioökonomischen Umfelds des Wählers mittels objektivierbarer statistischer Größen. Nun können Perzeptionen jedoch oft sehr viel mehr handlungsbestimmend für eine Wahlentscheidung sein als „objektive Bedingungen“: Solange die Wähler glauben, daß sich die wirtschaftliche Situation verbessert, sind die statistischen Indikatoren eher nebensächlich. Individuelles Verhalten kann durch objektivierbare Daten zudem nur dann beeinflusst werden, wenn sie überhaupt vermittelt werden. In unserer Untersuchung ist es daher zunächst notwendig anzunehmen, daß die sozioökonomische Umwelt vom Wähler wenigstens zu einem bedeutenden Teil richtig wahrgenommen bzw. daß die dazu notwendigen Daten auch tatsächlich unmittelbar zur Verfügung stehen. Insbesondere aufgrund der unmittelbaren Nähe und relativen Überschaubarkeit der Kreisebene als unmittelbare Lebenswelt sowie der direkten Information des Bürgers durch die Medien auch gerade auf lokalem und regionalem Niveau (Radio, Fernsehen, Zeitungen) erscheint uns diese Annahme als durchaus plausibel und vertretbar. Indirekt gestützt werden kann sie zudem durch Forschungsergebnisse zum strategischen Wählerverhalten, das ein hohes Maß an Information über komplexe Umweltbedingungen wie das Wahlsystem und die Erfolgchancen der Parteien sowie eine ausgeprägte taktische Rationalität beim Wähler voraussetzt (z.B. Fisher, 1973). Liegt die Motivation, extremistisch zu wählen, weniger an tatsächliche Fakten als vielmehr an sachlich falschen ideologischen Grundüberzeugungen, ergibt sich für die praktisch-politische Fragestellung der vorliegenden Studie natürlich eine deutliche Beschränkung in der Wirksamkeit des sozioökonomischen Instrumentariums zur Bekämpfung des Extremismus.

2.3. Parallelen zwischen Rechts- und Linksextremismus

Das empirische Ergebnis einer Wählerwanderung zwischen Sozialisten und Vlaams Blok in der erwähnten Studie von Torfs (1991) zu den belgischen Kommunalwahlen 1988 deutet bereits darauf hin, daß es zwischen linken und rechten Parteien offenbar keine gegenseitige Ausschließbarkeit gibt. Tatsächlich verweist die Literatur darauf, daß es gerade bei den links- und rechtsextremen Parteien strukturelle Ähnlichkeiten in ihrer Wählerschaft gibt.

Verbindendes Element aller rechts- und linksextremen Auffassungen sind die zugrundeliegende Unzufriedenheit mit dem Parteienstaat, das mangelnde Vertrauen in etablierte demokratische Institutionen sowie die intensive Anhängerschaft an eine wie auch immer geartete Ideologie. Ein wesentlicher Teil des Wählerpotentials extremer Parteien rekrutiert sich trotz aller weltanschaulicher Unterschiede vor allem aus politisch sehr heterogenen Protestwählern gegen den etablierten Parteienstaat und die bestehende gesellschaftliche und ökonomische Ordnung. Dabei sind Links- und Rechtsextreme insbesondere bei jungen Wählern weitgehend gleichwertige Alternativen für den Protest, während Männer im Allgemeinen eine größere Affinität für Rechtsextreme zu haben scheinen (Jung, 1994).

Zwar sind links- und rechtsextreme Parteien im üblichen Rechts-Links-Schema der Parteienlandschaft definitionsgemäß am weitesten voneinander entfernt; wesentliche Gemeinsamkeiten ergeben sich jedoch in bezug auf ihren Abstand von der demokratischen Ordnung. Dadurch, daß beide Richtungen durch deutliche Deprivationsgefühle bei ihren Wählern und eine nur bedingte Kompatibilität ihrer gesellschaftlichen Wertvorstellungen mit der Demokratie der Bundesrepublik charakterisiert sind, stehen sie sich näher als es auf den ersten Blick erscheint (Arzheimer und Klein, 1997). Diese potentielle Nähe zwischen linken und rechten Ideologien wird beispielsweise durch Umfrageergebnisse unterstrichen, wonach sich 17 bzw. 16 Prozent der Anhänger von PDS und Grünen vorstellen können, unter Umständen DVU, Republikaner oder NPD zu wählen. Bei der Union und der SPD sind es dagegen lediglich 12 bzw. 7 Prozent (siehe Tabelle 1 im Anhang). Daß es darüber hinaus auch inhaltlich durchaus Berührungspunkte gibt, zeigt sich in den Versuchen einer theoretischen Synthese von Nationalismus und Sozialismus und damit von Rechten und Linken in bestimmten neonazistischen und kommunistischen Gruppierungen und Publikationen. Fundamental dafür ist letztlich die in beiden Fällen gegebene populistische Weltanschauung, nach der ein als Einheit gedachtes „Volk“ den „Regierenden“ als natürlichem Feind gegenüber steht sowie die Orientierung am „Stammtisch-Diskurs“, die an der Hervorrufung von Gefühlen und emotionalen Bindungen, nicht an sachorientierten Problemlösungen interessiert ist.

2.4. Determinanten des Erfolgs der PDS

Analog zu den Determinanten rechter Wahlerfolge lassen sich aus den Arbeiten über die PDS einige zentrale Aspekte ihrer Attraktivität ableiten. Diese werden im Folgenden stichpunktartig dargestellt:

- regional spezifisches Angebot einer politischen Heimat für gegenwärtig 20% der Bürger in Ostdeutschland und einer (eher geringfügigen) Protestwahloption in den alten Bundesländern (z.B. Neu, 2000);
- Repräsentanz spezifisch ostdeutscher Einstellungen, zu denen DDR-Nostalgie, eine Animosität gegen Westdeutsche, die politische, ökonomische und soziale Desillusion nach der Vereinigung sowie zum Teil die ideologische Ablehnung des politischen Systems der Bundesrepublik gehören (z.B. Falter und Klein, 1994);
- programmatische Ausrichtung als radikale Linkspartei mit soziallibertären Charakteristika, die durch den effizienten Rückgriff auf teilweise geerbte Infrastruktur der ehemaligen SED unmittelbar vor Ort an Attraktivität gewinnt (z.B. Betz und Welsh, 1995);
- überdurchschnittliche Attraktivität für ostdeutsche Frauen;
- (mit abnehmender Tendenz) überdurchschnittliches Bildungs- (und Einkommens) Niveau, deren Verlust einer privilegierten Stellung in der DDR ein Gefühl sozialer Benachteiligung im vereinten Deutschland hervorrief (z.B. Falter und Klein, 1994);
- Orientierung an einem starken, patriarchalischen Staat, bleibender Doppelcharakter der PDS als sozialistische Klassenpartei (für Arbeiterinteressen) und kommunistische Elite (als Vertretung von Akademikern) (z.B. Neu, 2000);

Die strukturellen Determinanten für den Erfolg der PDS in Ostdeutschland, wie sie in der Literatur referiert werden, sind damit zum Teil durchaus mit denen rechter Parteien zu vergleichen. Bei beiden spielt die sozioökonomische Deprivation, z.B. drohende oder tatsächliche Arbeitslosigkeit, eine bedeutende Rolle. Verbleibende sozialistische Ideologie und DDR-Nostalgie führen ebenfalls zur Fundamentalopposition gegen die Modernisierung, die in diesem Fall in erster Linie eine „Verwestlichung“ ist, deren Repräsentanten, vor allem das Parteiensystem und die Institutionen der Bundesrepublik, abgelehnt werden. Der zentrale Unterschied zwischen der PDS und rechtsextremen Protestparteien liegt neben einigen geschlechtsspezifischen und sozialen Differenzen in der grundsätzlich anderen programmatischen Einstellung gegenüber Zuwanderung und Immigranten.

3. EXTREMISTISCHE PARTEIEN BEI DEN EUROPAWAHLEN

Der Vortrag über die empirische Untersuchung der „ökologischen“ Determinanten rechts- und linksextremer Parteien im vereinten Deutschland stützt sich im Folgenden auf die Wahlergebnisse der Republikaner und der NPD sowie der PDS bei den Europawahlen 1994 und 1999. Ein kurzer Überblick über die extremistische Partei-

enlandschaft sei an dieser Stelle angebracht, um insbesondere auf diejenigen Faktoren genauer hinzuweisen, die eine Einordnung aller drei Parteien als extremistisch (auf Basis der Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder) rechtfertigen.

3.1 Rechtsextreme Parteien: „Republikaner“ und NPD

„Die Republikaner“ (REP), die 1983 gegründet wurden, bemühen sich seither um ein rechtskonservatives Erscheinungsbild, dem jedoch ihr tatsächlicher ideologischer Standort widerspricht: So zeichnen sich Programmatik und Auftreten der Partei durch einen ausgeprägten Nationalismus und Antieuropäismus aus. Ausländerfeindlichkeit und rassistisch geprägte Überfremdungsangst, die sich gegen Zuwanderer und Asylanten als Sündenböcke für bestehende gesellschaftliche Probleme wenden, gehören zum Standardrepertoire der REP und werden teilweise durch einen latenten Antisemitismus ergänzt. Darüber hinaus werden immer wieder die demokratischen Institutionen der Bundesrepublik und die Vertreter der etablierten Parteien diffamiert. Die Demokratisierung Westdeutschlands nach 1945 wird als Umerziehungsdiktat der Alliierten interpretiert, das der nationalen Würde der Deutschen widersprach und dem Grundgesetz mit seinem tolerant-liberalen Menschenbild die Legitimität nimmt. Damit verbunden ist ein deutlicher Antiamerikanismus. Generell bestehen bei den REP starke Strömungen eines ideologischen Revisionismus und einer Relativierung des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen, wenn er auch nicht mehr als Modell einer künftigen politischen Ordnung betrachtet wird (z.B. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, 1995: Kap. 2.1; Bundesamt für Verfassungsschutz, 2000: 38ff.). Ihre bislang größten Wahlerfolge feierten die REP am Ende der 80er und zu Beginn der 90er Jahre. Bei den Europawahlen 1989 erreichten sie 7,1 Prozent der Stimmen, bei den Landtagswahlen in Berlin 1989, Bayern 1990 und Baden-Württemberg 1992 7,5, 4,9 bzw. 10,9 Prozent. Seit Mitte der 90er Jahre sind die Wahlerfolge jedoch weitgehend ausgeblieben. Bei den Europawahlen 1994 und 1999 lag der Stimmenanteil der REP noch bei 3,9 und 1,7 Prozent; bei den Landtagswahlen in Bayern und Niedersachsen 1998 bei 3,6 und 2,8 Prozent. Bei den Landtagswahlen 1999 erreichten sie zwischen 0,8 (Thüringen) und 2,7 Prozent (Hessen und Berlin). Bei Bundestagswahlen bewegen sich die REP bislang bei etwa 2 Prozent der Stimmen. Eindeutiger Schwerpunkt der republikanischen Wahlerfolge ist Baden-Württemberg, wo sie bei den Landtagswahlen 1996 und den Kommunalwahlen 1999 jeweils über 9 Prozent erreichten. Seit Mitte der 90er Jahre bestehen in der Partei teilweise heftige interne Richtungskämpfe um die offizielle Abgrenzung von anderen rechtsextremen Parteien. Tatsächlich existieren verschiedene Verbindungen

zu Protagonisten der neonazistischen Szene und viele REP-Mitglieder wirken mit anderen rechtsextremen und rechtsradikalen Gruppierungen zusammen. Mit der Abschwächung der Wahlerfolge gehen organisatorische Probleme einher, die sich vor allem in einem deutlichen Mitgliederschwund äußern. Seit 1993 ist die Zahl der Mitglieder von ca. 23.000 auf 14.000 zurückgegangen. Nach dem Aufstieg der FPÖ zur Regierungspartei in Österreich erhoffte sich die Partei eine Stärkung ihres Profils in der Bundesrepublik, was sich bislang jedoch nicht realisiert hat (z.B. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, 1995: Kap. 2.1; Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz, 2000).

Die zweite hier im Vortrag untersuchte Partei, die NPD, wurde 1964 in der Nachfolge der 1952 verbotenen „Sozialistischen Reichspartei Deutschlands“ (SRP) gegründet, welche auf die NS-Ideologie hin orientiert war und 1951 während der „ersten Welle“ rechter Wahlerfolge nach 1945 bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und Bremen 11 bzw. 7,7 Prozent Stimmenanteil erreicht hatte. 1966 erhielt die NPD während der „zweiten Welle“ in Bayern 7,4 und in Hessen 7,9 Prozent der Stimmen, 1967 in Rheinland-Pfalz 6,9, in Schleswig-Holstein 5,8, in Niedersachsen 7 und in Bremen 8,8 Prozent. Nach ihrem größten Erfolg in Baden-Württemberg mit 9,8 Prozent 1968 scheiterte sie 1969 mit 4,3 Prozent bei der Bundestagswahl und verlor danach schnell an Anhängern. Seit dem Tiefststand mit 3.500 Mitgliedern (1996) hat sich die NPD mit gegenwärtig 6.000 Mitgliedern wieder konsolidiert, nachdem sie ihre Strategie in Richtung „Kampf um die Straße“ und Öffnung für Neonazis und Skinheads geändert hat. Die NPD bekennt sich zu einem „deutschen“ oder „nationalen Sozialismus“, der das Deutschland vom Westen oktroyierte liberal-kapitalistische System der parlamentarischen Demokratie ablösen soll. Die neue Ordnung soll dabei durch einen unbedingten „völkischen Primat“, der eine rassistische Ausländerfeindlichkeit einschließt, und eine totalitäre Elitenherrschaft nach dem Vorbild des Nationalsozialismus gekennzeichnet sein. Zu den Charakteristika der NPD-Programmatik gehören damit Ausländerhaß, Antisemitismus, antidemokratische Kollektivismusvorstellungen, die dem demokratischen Parteienpluralismus entgegengesetzt werden, und die Relativierung bzw. Idealisierung der Geschichte des Dritten Reiches (z.B. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, 1995: Kap. 1.1; Bundesamt für Verfassungsschutz, 1999: 30ff.). Die Wahlerfolge der NPD in neuester Zeit sind trotz ihrer wachsenden Bedeutung als „außerparlamentarische Opposition“ bislang eher dürftig. Die Teilnahme an den Europawahlen 1994 und 1999 resultierte jeweils in weniger als einem halben Prozent Stimmenanteil. Bei den Bundestagswahlen 1998 erreichte sie 0,3 Prozent der Stimmen, bei den Landtagswahlen in Bayern und Mecklenburg-Vorpommern 1998 0,2 bzw. 1,1 Prozent. Mit Ausnahme von 1,4 Prozent in Sachsen 1999 blieb die NPD in den weiteren Landtagswahlen mit 0,2 bis 0,8

Prozent klar unter 1 Prozent Stimmenanteil. Das deutlich höhere Wählerpotential der NPD zeigt sich demgegenüber beispielsweise in den Ergebnissen der Kommunalwahlen in Sachsen 1999, in denen sie bis zu 11,8 Prozent (in Königstein) erreichte.

An dieser Stelle muß noch auf eine dritte Partei hingewiesen werden, die am rechten Rand des Parteienspektrums als starke Konkurrenzpartei für die Republikaner erwachsen ist: die Deutschen Volksunion (DVU), 1987 als Mittel zur Zusammenfassung aller nationalistischen Kräfte auf der Basis der seit 1971 existierenden DVU e.V. gegründet, zeichnet sie sich vor allem durch ausländerfeindliche und antisemitische Agitation aus. Da es spätestens seit der Bundestagswahl 1998, in der die Stimmen des rechtsextremen Lagers auf REP, DVU und NPD zersplittert wurden, Absprachen mit den REP gibt, um Konkurrenz bei Wahlen zu vermeiden und folglicherweise die DVU zu den Europawahlen 1999 (wie 1994 auch) nicht angetreten ist, wird hier auf eine ausführlichere Darstellung der DVU verzichtet.

3.2. Linksextreme Partei: PDS

Kennzeichnend für das politische Programm der PDS ist ihr zwiespältiges Verhältnis zum parlamentarischen System und zu den wesentlichen Elementen der demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik. Mit ca. 94.000 Mitgliedern (davon 3000 in den alten Bundesländern) duldet sie auch 10 Jahren nach der Wiedervereinigung extreme marxistisch-leninistische Strukturen innerhalb der Partei („Kommunistische Plattform“, „Marxistische Forum“) und pflegt auch Kontakte zu Linksextremisten außerhalb der Partei. Sowohl am marxistischen Ziel einer Überwindung des kapitalistischen Systems wird grundsätzlich festgehalten und als „gesellschaftliche Opposition“ wird auch eine fundamentale Änderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse in Deutschland und der Welt gefordert. Die Wiedervereinigung wird als undemokratische Usurpation der DDR durch die „herrschende politische und wirtschaftliche Klasse“ der Bundesrepublik interpretiert, gegen die es die ostdeutsche Identität zu organisieren und zu mobilisieren gilt (z.B. Bundesamt für Verfassungsschutz, 2000). Die feste Etablierung im Parteiensystem der Bundesrepublik verdankt die PDS ihrer Basis in den neuen Ländern. Mit 4,7% der Stimmen 1994 bei der Europawahl noch an der 5%-Hürde gescheitert, gelang ihr 1998 und 1999 jeweils der direkte Einzug in den Bundestag (5,1%) (1990 und 1994 nur über Sonderregelungen im Wahlrecht, z.B. drei Direktmandate) und in das Europäische Parlament (5,5%). Auf regionaler Ebene erreichte die PDS bei Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen 1999 21,4 bzw. 22,2 Prozent (jeweils zweitstärkste Partei im Landtag), in Mecklenburg-Vorpommern (1998), Brandenburg und Berlin (1999) 24,4 bzw. 23,3 und 17,7% der

Stimmen. Bei den Landtagswahlen in den alten Bundesländern, Bremen (3%) und Saarland (0,8%) 1999, verfehlte sie den Einzug in die Parlamente. Die PDS ist im linksextremen Parteienspektrum eindeutig die zentrale dominierende Kraft mit einer Hochburg in den neuen und einer geringen Akzeptanz in den alten Bundesländern.

4. DATENSATZ UND STATISTISCHE METHODIK

Wie bereits im Vortrag erwähnt wurde, beinhaltet die vorliegende Arbeit eine „ökologische“ Analyse der Determinanten extremistischer Wahlerfolge bei den Europawahlen im vereinten Deutschland 1994 und 1999. Die Analyse erfolgt mit Hilfe eines statistisch-ökonomischen Modells auf Basis von Strukturdaten auf Kreisebene und bedeutet damit in zweierlei Hinsicht eine Neuerung in der Wahlforschung: Zum einen wird zum erstenmal eine detaillierte quantitativ-sozioökonomische Untersuchung auf dieser administrativen Ebene geliefert; zum anderen wird eine verhältnismäßig komplizierte statistische Methode verwendet, deren Rezeption gerade im Bereich der Politikwissenschaft noch relativ unterentwickelt ist. Der empirische Ansatz untersucht insgesamt zehn Bereiche (inkl. Kontrollvariablen) potentiell relevanter Determinanten (geschlechtsspezifische und zwischen den verschiedenen Faktoren interagierende Aspekte - z.B. Ausländerarbeitslosigkeit - werden durch die Verwendung differenzierender Variablen zusätzlich abgebildet):

- Ost-West-Unterschiede;
- zeitliche Entwicklung, d.h. trendmäßige Veränderung in den Präferenzen der Wähler zu beachten;
- Stadt-Land-Unterschiede (kreisfreie Stadt vs. Kreis);
- Ausländersituation bzw. etwaige sozioökonomische Konflikte mit ausländischen Mitbürgern;
- Altersstruktur, insbesondere der Anteil von Jungwählern und älteren Bürgern;
- Sozialleistungen als Ausdruck sozialer Deprivation;
- Bildungsniveau und -infrastruktur;
- Arbeitsmarktsituation;
- Wirtschaftsleistung und -struktur;
- Wohnsituation.

Der hier verwendete Datensatz setzt sich aus Angaben des Bundeswahlleiters (<http://www.statistik-bund.de/wahlen>) zu den Zweitstimmenanteilen der PDS, REP und der NPD (ohne Briefwähler) sowie Daten zur Entwicklung von Städten und Gemeinden des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung zusammen. Vor dem

Hintergrund der Einstufung der REP und NPD als rechtsextrem nach dem oben genannten Kriterium der Beobachtung durch den Verfassungsschutz werden die Wahlergebnisse von REP und NPD zunächst zum Gesamtanteil rechtsextremer Stimmen zusammengefaßt. Dabei ist zu beachten, daß der Stimmenanteil der REP, der den der NPD um ein Mehrfaches übersteigt, dominierend wirken wird. Nachdem sich die beiden Parteien zumindest teilweise in ihrer politischen Rhetorik und in der formalen Radikalität ihrer nach außen vertretenen Forderungen, wenn auch vielleicht weniger in ihren eigentlichen politischen Zielen unterscheiden, werden die Determinanten ihrer Stimmenanteile darüber hinaus auch getrennt (für die alten Bundesländer) geschätzt. Für die PDS erfolgt eine Schätzung für Gesamtdeutschland und die neuen Bundesländer. Die Besonderheit bei den Wahlergebnissen der Europawahlen besteht darin, daß sie im Unterschied zu den Ergebnissen der Bundestags- und Landtagswahlen bereits vollständig für die Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte vorliegen. Während die erheblichen Abweichungen zwischen administrativen und Wahlkreisen ein Matching zwischen beiden bei Bundestags- und Landtagswahlen bisher weitgehend unmöglich machen, stellt dies im Fall der Europawahlen kein Problem dar. Darüber hinaus ergibt sich bei den sozioökonomischen Informationen auf Kreisebene die Schwierigkeit, daß aufgrund verschiedener Gebietsreformen im Zuge der Wiedervereinigung keine konsistenten Angaben für längere Zeiträume vor 1990 vorliegen. Die zur Verfügung stehenden Daten beziehen sich damit auf die 328 Landkreise und 111 kreisfreien Städte in der Bundesrepublik (nach den 1996 vorgenommenen Gebietsstandsabgrenzungen), von denen 83 bzw. 25 in den neuen Ländern liegen. Für die beiden Jahre 1994 und 1999 ergibt sich eine Gesamtzahl von 878 Beobachtungen. Tabelle 2 (Anhang) bietet eine Übersicht über die Variablen im Datensatz und ihre Definition. Besonders hinzuweisen ist dabei auf die teilweise Verwendung von Bestands- und Stromgrößen zur Erfassung des dynamischen Charakters verschiedener sozioökonomischer Größen.⁸⁹ Als zu erklärende Variable dient der Stimmenanteil der rechts- bzw. linksextremen Partei im jeweiligen Kreis.

Der hier gewählte empirische Ansatz beruht auf der statistischen Regressionsanalyse. Das Standardmodell der Regressionsanalyse beruht auf der Methode der kleinsten Quadrate. Hier werden durch die rechnerische Minimierung des aufsummierten quadrierten Abstandes zwischen den beobachteten und den geschätzten Werten für y die optimalen Werte für die Koeffizienten a einer linearen Funktion $y = a_0 + a_1x_1 + a_2x_2 + \dots + e$ ermittelt. Besonderheiten ergeben sich zudem, wenn bei der Schätzung gleichzeitig Längs- und Querschnittsdaten verwendet werden. Bei sog. Paneldaten

⁸⁹ Zu beachten ist ferner, daß es sich bei allen Zahlen um normierte Größen handelt, die zur Vermeidung von verzerrenden Größeneffekten immer zu der Gesamtzahl an Beschäftigten, Schülern, Haushalten etc. in Beziehung gesetzt wurden.

handelt es sich um kombinierte Quer- und Längsschnittdaten, die sich im allgemeinen auf private Haushalte oder Unternehmen beziehen, aber auch Regionen (hier Kreise und kreisfreie Städte) als Untersuchungseinheit enthalten können. Der hier verwendete Schätzansatz beruht auf einer Weiterentwicklung des einfachen linearen Modells. Das *Feasible Generalized Least Squares Random Effects Panel Model* (FGLS-REPM) vereint den Panel-Ansatz mit einer Verallgemeinerung der KQ-Methode. Grundsätzlich geht es beim *Generalized Least Squares Model* (GLS) darum, die Verzerrungen der normalen OLS-Schätzung zu vermeiden, die durch die Verletzung einer grundlegenden OLS-Annahme, nämlich daß die Varianz von e konstant ist, entstehen. Dazu werden die ursprünglichen Variablen auf der Grundlage einer „Hilfsregression“ der Residuen so transformiert, daß sie wieder den ursprünglichen Annahmen des einfachen Modells gerecht werden. Das FGLS-REPM fügt dem Modell darüber hinaus noch einen individuen-spezifischen Störterm hinzu, der letztlich unbeobachtete oder unbeobachtbare Heterogenität, d.h. individuelle Besonderheiten in den einzelnen Kreisen, abbilden soll. Im vorliegenden Fall wurde der *Random Effects*- dem *Fixed-Effects*-Ansatz vorgezogen, da letzterer durch seine praktische Hinzufügung einer Dummy-Variable für jeden Kreis bei nur zwei Beobachtungswellen (1994 und 1999) sehr viele Freiheitsgrade kostet. Für eine detailliertere Darstellung der statistischen Methodik wird auf Greene (1993) verwiesen.

Die in der vorliegenden Untersuchung verwendete Schätzgleichung lautet wie folgt:

$$y_{it} = a_0 + a_1x_{1it} + a_2x_{2it} + \dots + u_i + e_{it} \quad (i = 1, \dots, N; t = 1, \dots, T)$$

Dabei stellt y_{it} die zu erklärende Variable, das heißt der Zweitstimmenanteil der betrachteten Partei in der entsprechenden Region i zum Zeitpunkt t , dar. Die x_{1it}, x_{2it}, \dots stehen für die erklärenden Variablen, u_i bildet den regionsspezifischen Störterm ab und ist konstant über die Zeit. Hausman- und Breusch-Pagan-Tests bestätigen, daß der gewählte Ansatz in unserem Fall dem *Fixed Effects*- bzw. dem einfachen OLS-Modell tatsächlich vorzuziehen ist.

5. ERGEBNISSE

Tabelle 3 bzw. 4 (Anhang) präsentieren die Resultate der FGLS-REPM-Schätzungen der Determinanten des Wahlerfolgs der REP und NPD in Gesamtdeutschland / alte Bundesländer bzw. der PDS in Gesamtdeutschland / neue Bundesländer bei den Europawahlen 1994 und 1999. Die jeweiligen Tabellen geben zudem die entsprechenden Ergebnisse unter der Perspektive eines Vergleichs der PDS als hauptsächlich in

den neuen und der Republikaner als insbesondere in den alten Ländern verwurzelten Partei an. Die Gliederungspunkte 5.1. und 5.2. fassen somit die Resultate der Schätzungen stichpunktartig zusammen; auf einige interessante Details wird zudem noch ausführlicher eingegangen.

5.1. Resultate der Schätzungen für REP und NPD

Betrachten wir zuerst Tabelle 3 mit den Determinanten des Stimmenanteils von REP und NPD in Gesamtdeutschland, so sehen wir, daß von den drei Dummy-Kontrollvariablen zwei in der erwarteten Weise signifikant sind: In den neuen Ländern sind die Rechtsextremen weniger erfolgreich als in den alten und im Zeitverlauf, d.h. zwischen 1994 und 1999 haben die Wahlchancen generell nachgelassen (positives, statistisch hochsignifikantes Vorzeichen für die Dummy-Variable „Wahl 1994“). Differenziert man jedoch zwischen REP und NPD (Schätzungen für Westdeutschland, Spalte 2 und 3), so zeigt sich, daß das Gesamtergebnis wie erwartet vom Einfluß der REP getrieben wird. Für die NPD ergibt sich nämlich dann nicht nur ein signifikant negativer Einfluß in den Städten, sondern - im Gegenteil - eine Zunahme der Attraktivität im Zeitverlauf. Geht man von zumindest graduellen Unterschieden im Erscheinungsbild der beiden Parteien aus, die sich insbesondere im eher rechtskonservativen Anstrich der REP äußern, deutet dies auf eine Radikalisierung der rechten Wählerschaft hin.

Was die konkreten strukturellen Bedingungen angeht, in denen REP und NPD signifikant besser abschneiden als in anderen, ist es zunächst wenig überraschend, daß ihr Stimmenanteil in Kreisen mit hohem Ausländeranteil höher ausfällt als in solchen mit einem niedrigen. Überraschend ist jedoch einerseits, daß das Signifikanzniveau des Ausländerbestandes als Determinante rechtsextremistischer Wahlerfolge eher niedrig ist, und daß andererseits die Entwicklung des Ausländerzuzugs in den Jahren zuvor keine Rolle spielt. Dies deutet darauf hin, daß Ausländerfeindlichkeit bei den Wählern der Rechtsextremen kein dynamisches Problem darstellt, indem sich die betreffende deutsche Bevölkerung durch wachsende Zuwanderung in irgendeiner Weise bedroht sieht, sondern daß es generell um die Präsenz von Ausländern ungeachtet ihrer tatsächlichen quantitativen Entwicklung geht. Interessanterweise ist im Fall der NPD, die sich ja durch extrem xenophobe und nationalistische Propaganda auszeichnet, die Präsenz von Ausländern gar nicht signifikant für das Wahlergebnis. Hier bietet sich auf der Basis der in der Literatur berichteten Ergebnisse deutlich eine Interpretation in Richtung der angesprochenen Betonung der perceptiven bzw. ideologischen Komponente der Wahlentscheidung an.

Ferner ist zu erkennen, daß Jugendliche im allgemeinen signifikant weniger dazu neigen, REP zu wählen. Dieser Effekt nimmt jedoch dort signifikant und in auffällig starkem Umfang zu, wo ein starker relativer Zuwachs an Jugendlichen zu verzeichnen ist, und zwar sowohl bei den REP wie bei der NPD. Dies deutet darauf hin, daß es innerhalb der Jugendlichen einen Bruch gibt, und gerade neu hinzukommende Jungwähler im Gegenteil eine große Affinität zu rechtsextremen Parteien entwickeln.⁹⁰

Interessant sind auch die Ergebnisse für die Rolle, die Sozialleistungen als Indikator für die sozioökonomische Lebenssituation der jeweiligen Kreisbevölkerung spielen. Erwartungsgemäß sollte der Stimmenanteil der Rechtsextremen dort höher sein, wo sich ein besonders hoher Bevölkerungsanteil an sozial Benachteiligten findet, jedoch geht aus den Schätzungen hervor, daß eine relativ hohe Zahl von Sozialhilfe- und Wohngeldempfängern die Wahlchancen von REP und NPD *verringert*. Selbst eine starke Zunahme der Sozialhilfeempfänger und ein hoher Anteil an ausländischen Sozialhilfebeziehern wirken sich im gesamtdeutschen Szenario (und in Westdeutschland für die REP) negativ aus. Dieses Ergebnis widerspricht offensichtlich diametral dem Argument der sozialen Deprivation, das die öffentliche Diskussion um den Rechtsextremismus noch immer beherrscht und deutet zugleich darauf hin, daß die Einrichtungen des Sozialstaates durchaus einen deutlich dämpfenden Effekt auf die Bereitschaft ausüben, rechtsextrem zu wählen.

Betrachtet man die Effekte der Arbeitsmarktsituation genauer, so ergibt sich ebenfalls ein differenziertes Bild. Während der Lohn zwar eine signifikante, jedoch größtmäßig sehr geringe dämpfende Wirkung auf die Wahlerfolge der Rechtsextremen insgesamt sowie der NPD in Westdeutschland hat, ist das Niveau der Arbeitslosigkeit von entscheidender Bedeutung. Eine hohe Arbeitslosenquote wirkt, zusätzlich verstärkt durch eine hohe Ausländerarbeitslosenquote, signifikant auf eine Erhöhung des rechtsextremen Stimmenanteils hin (REP/NPD in Gesamtdeutschland, REP in den alten Bundesländern). Dies gilt allerdings wiederum nicht für die NPD. Betrachtet man die jeweilige Struktur der Arbeitslosigkeit näher, so fällt zunächst auf, daß die Entwicklung der Arbeitslosigkeit offenbar keinen Einfluß auf die Wahlentscheidung haben. Eine höhere Ausbildungsplatzdichte verringert die Chancen der REP/NPD in Gesamt- und der NPD in Westdeutschland. Überraschend ist jedoch, daß von der geschlechtsspezifischen Zusammensetzung der Arbeitslosen kein signifikanter Effekt ausgeht, während sich aus den oben genannten Ergebnissen eigentlich

⁹⁰ Für Westdeutschland ist die Variable „Jugendentwicklung“ für die NPD zwar positiv, aber nicht statistisch signifikant

ableiten läßt, daß im Rahmen typisch männlicher Wertvorstellungen und größerer weiblicher Skepsis gegenüber Rechtsextremen eine höhere Arbeitslosigkeit von Frauen politisch leichter erträglich und damit weniger positiv für den Stimmenanteil der Rechtsextremen sein müßte als Arbeitslosigkeit von Männern. Darüber hinaus kommen die Schätzungen bundesweit zu dem Schluß, daß von einem hohen Anteil jugendlicher und Langzeitarbeitsloser insgesamt sogar ein gegenläufiger, dämpfender Effekt auf den rechten Wahlerfolg ausgeht. Dies mag beispielsweise mit der Resignation von Langzeitarbeitslosen zusammenhängen, die sie weniger für die Agitation der REP mobilisierbar macht als Arbeitslose, die mitten in ihrer Erwerbsbiographie stehen. Allerdings zeigt sich für die alten Bundesländer ein deutlich gegenläufiger Effekt für die REP gegenüber der NPD. Letztere profitiert nämlich offenbar gerade von der Jugendarbeitslosigkeit mit ihren besonderen Frustrationsfolgen.

Der Variablensatz für die Wohnsituation zeigt, daß im gesamtdeutschen Kontext ein negativer Effekt von Wohnungsbäufördermaßnahmen zu beobachten ist. Es ergibt sich jedoch zugleich der unerwartete Befund, daß eine generelle Verbesserung der Wohnungssituation durch eine Zunahme der durchschnittlichen Wohnfläche zu einer größeren Affinität für Rechtsextreme führt. Die tatsächliche Wohnfläche und die Wohndichte spielen dabei keine Rolle. Geht man davon aus, daß mit einer Zunahme der durchschnittlichen Wohnfläche im Zuge von Neubauten und Sanierungsmaßnahmen auch die Streuung in den Wohnstandards steigt, verweist dieses Ergebnis auf die Bedeutung des relativen Lebensstandards für die politische Orientierung einer Bevölkerung: Je stärker Ungleichheiten im sozioökonomischen Kontext auftreten, die als Ungerechtigkeiten wahrgenommen werden, desto stärker bildet sich auch bei generell steigendem Wohlstandsniveau mit wachsendem Sozialneid ein traditionell vorgebrachtes Motiv einer rechtsextremen Wahlentscheidung heraus.

Faßt man stichpunktartig die empirischen Ergebnisse der Wahlerfolge der REP/NPD für Gesamtdeutschland zusammen, so ergeben folgende sozioökonomischen Faktoren einen signifikanten Einfluß:

- die Lage in den alten Bundesländern,
- ein hoher Bestand an Ausländern,
- eine starke Zunahme jugendlicher Wähler, ausgehend von einem möglichst niedrigen Bestand,
- möglichst wenige (!) Sozialleistungsempfänger im betreffenden Kreis,
- eine verhältnismäßig schlechte Bildungsstruktur, insbesondere in bezug auf den Bildungserfolg von Ausländern

- ein hohes Niveau kurz- und mittelfristig Arbeitsloser und arbeitsloser Ausländer,
- eine schlechte Ausbildungsplatzsituation,
- eine große Bedeutung des primären und sekundären Sektors in der Wirtschaftsstruktur des Standorts, sowie
- eine starke Zunahme des verfügbaren Wohnraumes, möglichst ohne Wohnungsbauförderung.

Für Westdeutschland (Tabelle 3, Spalte 2 (REP) und 3 (NPD)) reduziert sich dieser anhand der Schätzungen empirisch belegbare Katalog im wesentlichen auf:

- einen hohen Bestand an Ausländern (REP),
- eine starke Zunahme jugendlicher Wähler, ausgehend von einem niedrigen Bestand (REP),
- möglichst wenige (!) Sozialleistungsempfänger (insbesondere REP, aber auch NPD),
- eine verhältnismäßig schlechte Schulbildungsstruktur für Ausländer (REP),
- ein hohes Niveau an Arbeitslosen mit einem hohen Anteil arbeitsloser Ausländer (REP),
- niedrige Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit (REP) bzw. hohe Jugendarbeitslosigkeit und schlechte Ausbildungsplatzsituation (NPD), sowie
- eine starke Zunahme des durchschnittlich verfügbaren Wohnraumes (REP).

5.2. Resultate der Schätzungen für die PDS

Tabelle 4 liefert die Schätzergebnisse für die PDS in Gesamt- (Spalte 1) und Ostdeutschland (Spalte 2). Die Vermutungen hinsichtlich der besonderen Attraktivität der PDS in den neuen Ländern und in den Städten wird bestätigt.

Während im gesamtdeutschen Sample die Präsenz von Ausländern keinen Einfluß auf das Wahlergebnis der PDS hat, zeigt sich gerade in Ostdeutschland, daß hohe ausländische Bevölkerungsanteile und insbesondere ein starker Zuzug von Ausländern das Wählerpotential der PDS signifikant erhöhen. In dieser Beziehung erscheint die PDS einerseits als Protestpartei, die von den Änderungen im sozioökonomischen und kulturellen Umfeld der einheimischen Bevölkerung profitiert. Auf der anderen Seite kann sich eine gewisse Parallelität zu den Determinanten rechtsextremer Erfolge auch dadurch ergeben, daß sich die PDS als antifaschistische Partei zu profilieren versucht. In diesem Sinne wäre der ebenfalls positive Einfluß der Ausländersituation als Ausdruck einer wachsenden Polarisierung im Parteienspektrum zu werten.

Einen ähnlichen dämpfenden Effekt - wie bereits in Gliederungspunkt 5.1. beschrieben - ergibt sich auch für das bundesweite Abschneiden der PDS durch die Leistungen des sozialen Netzes mit Ausnahme des Wohngeldes, das sich signifikant positiv auswirkt. Dabei fällt auf, daß es nicht um den Bestand als vielmehr um die Dynamik des Sozialhilfebezuges und den Anteil der davon betroffenen Ausländer geht. Ein hoher Anteil an ausländischen Sozialhilfeempfängern impliziert möglicherweise die tatsächliche oder wahrgenommene Folgerung, daß deutsche Bürger weniger stark vom sozialen Abstieg betroffen sind als ausländische (signifikant negatives Vorzeichen für Gesamt- und Ostdeutschland).

Betrachtet man erneut die Situation auf dem Arbeitsmarkt, so kann man feststellen, daß der Arbeitsmarkt für den Stimmenanteil der PDS (Gesamtdeutschland) bedeutsam ist. Eine hohe Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit sowie eine starke Zunahme der Arbeitslosigkeit wirken sich signifikant positiv aus; interessanterweise ergeben sich demgegenüber ein negativer Gesamteffekt der Arbeitslosigkeit und eine signifikante Dämpfung des linksextremen Wahlerfolges bei einem hohen Anteil von Frauendarbeitslosigkeit. Das Ausbildungsplatzangebot ist hier insignifikant. Bezogen auf die Schätzung für Ostdeutschland reduziert sich dieses differenzierte Bild jedoch auf eine negative Signifikanz der Arbeitslosigkeit von Ausländern und einen weiterhin bestehenden positiven Effekt der Langzeitarbeitslosigkeit.

Auch bei der Wohnsituation ergeben sich wiederum signifikante Effekte: Ein Anwachsen der vorhandenen Wohnflächen wirkt sich positiv auf die Wahlchancen aus, während Wohnungsbauförderung leicht dämpfend wirkt. Durchaus erwartungsgemäß führt auch eine hohe Wohndichte zu einer stärkeren Präferenz, PDS zu wählen (Gesamtdeutschland); in Ostdeutschland verbleibt neben dem positiven Effekt der Wohnflächenentwicklung ein signifikant negativer Effekt des Wohnflächenbestandes. Größere Wohnflächen verringern damit per se die Stimmenanteile der PDS, während ihre schnelle Vergrößerung zu deren Erhöhung führt. Ursache hierfür könnte beispielsweise die Wahrnehmung einer wachsenden Ungleichheit in der Wohnraumversorgung sein.

Stichpunktartig zusammengefaßt ergeben sich folgende Determinanten für den Erfolg der PDS auf Bundesebene:

- die Lage in den neuen Bundesländern,
- eine starke Zunahme jugendlicher und eine möglichst geringe Zahl älterer Wähler,
- möglichst wenige (!) Sozialhilfeempfänger im betreffenden Kreis

- eine überdurchschnittlich qualifizierte aktive Bevölkerung, jedoch verhältnismäßig schlechte Bildungsstruktur,
- ein niedriges (!) Niveau kurz- und mittelfristig sowie weiblicher Arbeitsloser, jedoch eine starke Zunahme der Arbeitslosigkeit und viele Jugend- und Langzeitarbeitslose, sowie
- eine starke Zunahme der Wohnflächenentwicklung bei möglichst geringer Wohnungsbauförderung und weiterhin hoher Wohndichte.

Analog dazu ergeben sich folgende zusätzliche bzw. veränderte Determinanten für die neuen Bundesländer:

- ein hoher Bestand und eine schnelle Zunahme von Ausländern,
- eine möglichst geringe Zahl von Jugendlichen und – mit Abstrichen – Senioren,
- eine möglichst geringe Ausländer- und eine hohe Langzeitarbeitslosigkeit, sowie
- eine möglichst niedrige Wohnfläche, die jedoch schnell erhöht wird.

Aus den Gliederungspunkten 5.1. und 5.2. läßt sich somit ableiten, daß sich die Wahlerfolge der PDS und der beiden rechtsextremen Parteien zumindest in einigen Bereichen auf ähnliche Strukturen in den betroffenen Kreisen zurückführen lassen. Gerade in den jeweiligen Hauptwahlgebieten der beiden Parteien ergibt sich ein deutlicher Bezug zur Ausländerproblematik. Die hohe Präsenz ausländischer Mitbürger erhöht offensichtlich vor allem aus ideologischen Gründen die Attraktivität der extremistischen Parteien. Ob die Ursache dafür in beiden Fällen eine latente Ausländerfeindlichkeit (wie wohl bei den REP/NPD anzunehmen) und damit eine gewisse ideologische Verwandtschaft der zwei Parteien verantwortlich ist, oder bei der PDS das antifaschistische Element als Antwort auf etwaige Rechtsextreme die zentrale Rolle spielt, geht aus den Schätzungen jedoch nicht hervor. Interessanterweise verlieren die rechts- und linksextremen Parteien bei einer Verbesserung der Bildungsinfrastruktur. Dennoch bleibt bei REP/NPD und PDS auch der Aspekt der offensichtlichen Unzufriedenheit mit tatsächlichen Verbesserungen der sozioökonomischen Situation augenfällig, wie sie sich im Fall der Wohnungssituation äußert. Die vorliegenden Ergebnisse deuten darauf hin, daß gerade mit einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Ressentiments und Verlustängste aktiviert werden, die die Wähler für extremistische Parolen empfänglich machen. Daß es hier viel mehr um die relative als um die absolute sozioökonomische Situation geht, zeigt sich nicht zuletzt in der Bedeutung des Sozialleistungsempfanges. Offensichtlich erscheint die eigene sozioökonomische Position (und relative soziale Deprivation) solange erträglich, als sich verhältnismäßig viele Personen in einer vergleichbaren Lage befinden. Sobald sich jedoch Verbesserungen einstellen, wächst der Protest gegen die Lage.

Offensichtlich kommt bei der Dämpfung dieses Protestes nicht zuletzt den Einrichtungen des Sozialstaates eine zentrale Bedeutung zu.

Bei allen strukturellen Gemeinsamkeiten ergeben sich jedoch auch wichtige Unterschiede zwischen den Determinanten von PDS- und REP/NPD-Wahlerfolgen; u.a. ergeben sich Differenzen bezüglich der Wirkung von Arbeitslosigkeit. In Kreisen mit hoher Arbeitslosigkeit schneiden REP/NPD besser ab als PDS. Dabei ist jedoch wichtig, daß sich REP-Wähler offenbar hauptsächlich aus denjenigen Gruppen von Arbeitslosen oder Arbeitslosigkeit fürchtenden Personen rekrutieren, die keinen direkten Bezug zu den besonderen Problembereichen Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit haben. Umgekehrt erzielt die PDS dort bessere Wahlergebnisse, wo gerade Langzeitarbeitslose besonders stark vertreten sind. Bei der Betrachtung des üblichen Arguments, wonach Arbeitslosigkeit prinzipiell die Affinität zu extremistischen Parteien erhöht, ist also sehr differenziert nach den verschiedenen Gruppen von Arbeitslosen zu unterscheiden.

6. DISKUSSION

Auch wenn die hier vorgestellten Schätzergebnisse aufgrund verbleibender theoretischer und methodischer Fragen noch weiter zu verfeinern sind, deuten sie bereits auf einige Bereiche hin, in denen sich der Politik der demokratischen Parteien und Regierungen in der Bundesrepublik Handlungsmöglichkeiten zur Bekämpfung extremistischer Parteien eröffnen. Dabei handelt es sich um sozioökonomische Aktionsfelder, die insbesondere im Rahmen einer Berücksichtigung in der regionalen Strukturpolitik relevant sind.⁹¹

Maßgeblich erschwert wird eine erfolgreiche Politik gegen den Rechtsextremismus nach unseren Ergebnissen dadurch, daß NPD und REP zumindest zum Teil unterschiedliche soziale Gruppen oder Strukturen abdecken. Sie sind daher in der Mobilisierung des rechtsextremen Wählerpotentials nur begrenzt Konkurrenten, sondern wirken, was die letztliche Reaktion der Wähler auf ihre sozioökonomische Umwelt angeht, durchaus in einigen Bereichen komplementär. Aus der bundesweiten Perspektive bieten sich für eine ökonomisch-politische Strategie drei Politikfelder an, die hier nur andiskutiert werden können: die Bildungs- und Jugendpolitik, die Arbeitsmarktpolitik und die Sozialpolitik.

⁹¹ Unter der Annahme, daß der Linksextremismus in der Parteienlandschaft vorwiegend ein Problem Ostdeutschlands ist, der Rechtsextremismus dagegen eine bundesweite Bedrohung darstellt, liegen der in der Diskussion vorgetragenen Schlußfolgerungen in erster Linie die Schätzergebnisse für die PDS in den neuen Ländern und die der REP/NPD in den alten Ländern zugrunde.

An erster Stelle ist die Verbesserung der Schulbildung zu nennen. Nachdem sich nicht zuletzt im Bereich der Rechtsextremen der Zuwachs jugendlicher Neuwähler nachteilig im Sinne der Stützung demokratischer Strukturen auswirkt, kommt es darauf an, sowohl den Jugendlichen als auch ihren Eltern und deren Umfeld deutlich zu machen, daß eine bessere Bildung bessere sozioökonomische Zukunftsaussichten bedeutet und entsprechende politische Anstrengungen zu machen sind. Zwei Aspekte machen uns jedoch skeptisch gegenüber einer Verbesserung der (Schul-)Bildungschancen als Generalprävention gegen den Rechtsextremismus: Zum einen sind die Größenordnungen, in denen sich die entsprechenden Effekte bewegen, relativ gering. Zum anderen ist insbesondere die NPD in Kontexten erfolgreich, in denen eine verhältnismäßig gute Ausbildung der Bevölkerung gewährleistet scheint. Offenbar ist der Rechtsextremismus auch in Kreisen besserer Bildung durchaus wieder hoffähig, so daß die Bildungspolitik augenscheinlich auch teilweise kontraproduktive Ergebnisse zeitigen könnte oder zumindest wenig hilfreich sein würde.

Anstelle der Verbesserung der Bildungschancen im engeren Sinn scheint es daher aussichtsreicher, generell die Jugendarbeit zu verstärken, um den „Nachwuchs“ an rechtsextremen Wählern zu reduzieren. Nach unseren Schätzergebnissen ist es nämlich nicht davon auszugehen, daß aufgrund der demographischen Struktur der Wähler rechtsextremistischer Parteien ein Teil des extremistischen Wählerpotentials in absehbarer Zeit aufgrund natürlicher Alterung wegfällt. Ferner kommt der signifikante Zuwachs der Stimmen von Jungwählern hinzu. Vor einer aktiveren Bildungspolitik muß daher eine verstärkte Jugendarbeit zur Erfassung derjenigen Jugendlichen verfolgt werden, die bereits die Schule verlassen haben oder in der Schule nicht mehr effektiv erreicht werden können.

Selbst wenn der Einfluß hoher Arbeitslosigkeit wie gesehen sehr differenziert betrachtet werden muß, kommt ihrer Bekämpfung prinzipiell eine große Bedeutung zu. Eine Verringerung der Arbeitslosenzahlen ist mit unterschiedlichen Wirkungen auf PDS und REP (je nach Arbeitslosengruppe) generell ein Weg zur Reduzierung extremistischer Wahlerfolge. Gerade die notwendige Differenzierung der Wirkungen eines Arbeitslosenabbaus und die offenbar zentrale Rolle „kleinbürgerlicher Verlustängste“ unabhängig von ihrem realen materiellen Gehalt zeigen jedoch auch, daß in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kein Allheilmittel gegen Rechts- oder Linksextremismus liegt, sondern daß sozioökonomische Verbesserungen nur einen Teil der Motivation, extremistisch zu wählen, verringern können.⁹²

⁹² Hier zeigt sich erneut, daß die NPD-Wähler ein besonderes Problem darstellen: Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Unterstützung konjunkturellen Aufschwungs oder struktureller Modernisierung können möglicherweise solche Arbeitslose in den Arbeitsmarkt reintegrieren, die direkt oder indirekt die Wahl der REP befördern; die NPD-

Ein fast durchgängig dämpfender Effekt auf extremistische Wahlerfolge geht von den Leistungen des Sozialstaates aus (Sozialhilfe- und Wohngeldempfang, Wohnbauförderung)⁹³: Reduktionen in den absoluten Einkommens- und Versorgungsniveaus bzw. das Ausmaß relativer sozialer Deprivation werden offenbar durch das bestehende soziale Netz der Bundesrepublik soweit in Grenzen gehalten, daß extremistische Reaktionen verringert werden. Es ist daher notwendig, in die ökonomische Debatte um die Zukunft des Sozialstaates auch solche Bedenken einfließen zu lassen, die klar über die Finanzierungs- und Anreizproblematik hinausgehen, gerade aus langfristiger politischer Sicht jedoch entscheidendes Gewicht haben können.

Wie bereits erwähnt, stellt der Vortrag mit seinen Schlußfolgerungen erst einen Startpunkt für eine detailliertere Ermittlung relevanter sozioökonomisch-struktureller Faktoren in der Parteien- und Wahlforschung zum Extremismus dar. In diesem Sinne müssen förmlich am Ende der Betrachtung mehr offene Fragen als Antworten stehen. Es ist offensichtlich, daß unsere Ergebnisse mit größter Vorsicht interpretiert werden müssen, und daß man nicht davon ausgehen kann, das Stimmenpotential der extremen Parteien im Sinne einer mechanistischen Politik durch eine einfache Beeinflussung der Modellvariablen tatsächlich ohne weiteres zu verringern.

Auch sei an dieser Stelle zu erwähnen, daß verschiedene Erweiterungsmöglichkeiten des Studiendesigns denkbar sind. Möglich wäre hier u.a.:

- der Vergleich der hier ermittelten Resultate mit den Determinanten extremistischer Erfolge bei anderen Wahlen (z.B. Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlen);
- die Einbeziehung weiterer sozioökonomischer Variablen (z.B. die Abbildung des Einflusses der Kriminalitätssituation in den Kreisen);
- die Berücksichtigung von Mobilisierungseffekten, die eine hier aufgrund mangelnder Daten unterbliebene, explizite Modellierung des Einflusses von Nicht- und Protestwählern ermöglicht;
- die Interaktion zwischen links- und rechtsextremistischen Wahlerfolgen, die wegen des methodischen Endogenitätsproblems hier nicht einbezogen wurde;
- die Berücksichtigung der herrschenden Regierungsverhältnisse auf regionaler, Landes- oder Bundesebene, sowie

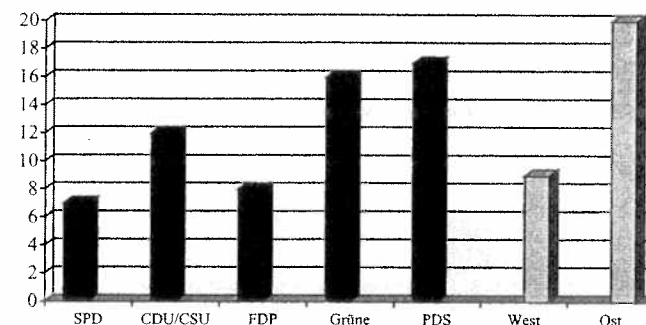
Ergebnisse werden davon jedoch nur relativ schwach berührt werden, nachdem diese kaum auf die allgemeine Arbeitslosenquote reagieren und Langzeitarbeitslose für den Arbeitsmarkt erfahrungsgemäß zumeist dauerhaft verloren sind.

⁹³ Interessanterweise handelt es sich hierbei um keine Versicherungsleistungen, sondern um „reine Umverteilung“.

- die Einbeziehung der strukturellen Voraussetzungen der Parteien für den jeweiligen Wahlkampf vor Ort (z.B. Mitgliederzahl in den jeweiligen Kreisverbänden).

7. ANHANG

Tabelle 1: „Können Sie sich vorstellen, unter Umständen DVU, Republikaner oder NPD zu wählen?“ (Anhänger von der jeweiligen Partei, in %)

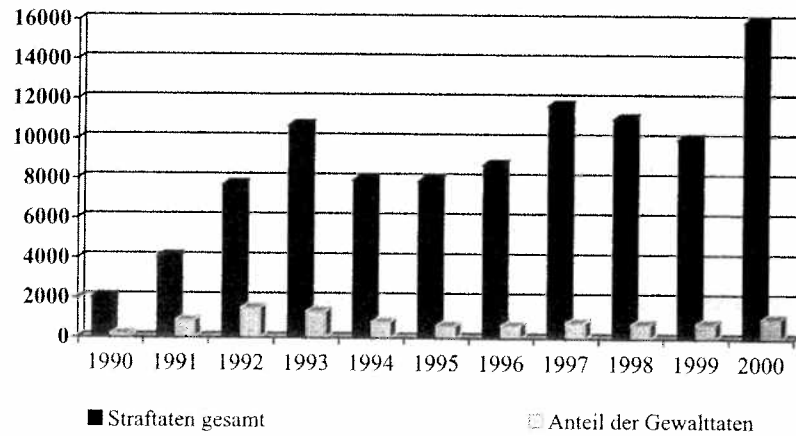


Quelle: Focus Nr.33/2000, S. 22.

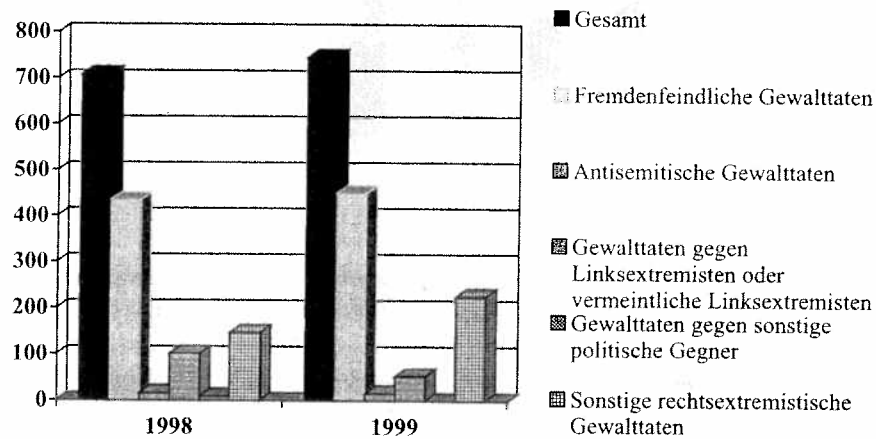
Grafik 1 – 6: Übersicht über Straftaten, Gewalttaten und sonstige Straftaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremistischen bzw. linksextremistischen Hintergrund (Quelle: Bundesamt für Verfassungsschutz, eigene Berechnungen.)⁹⁴

⁹⁴ Die Zahlen basieren auf Angaben des BKA. Die Übersichten enthalten ausgeführte und verursachte Straftaten. Jede Tat wurde nur einmal gezählt. Sind zum Beispiel während eines Landfriedensbruchs zugleich Körperverletzungen begangen worden, so erscheint nur der Landfriedensbruch als eine Straftat in der Statistik. Wurden mehrere Straftaten verübt, wurde ausschließlich der schwerer wiegende Straftatbestand gezählt.

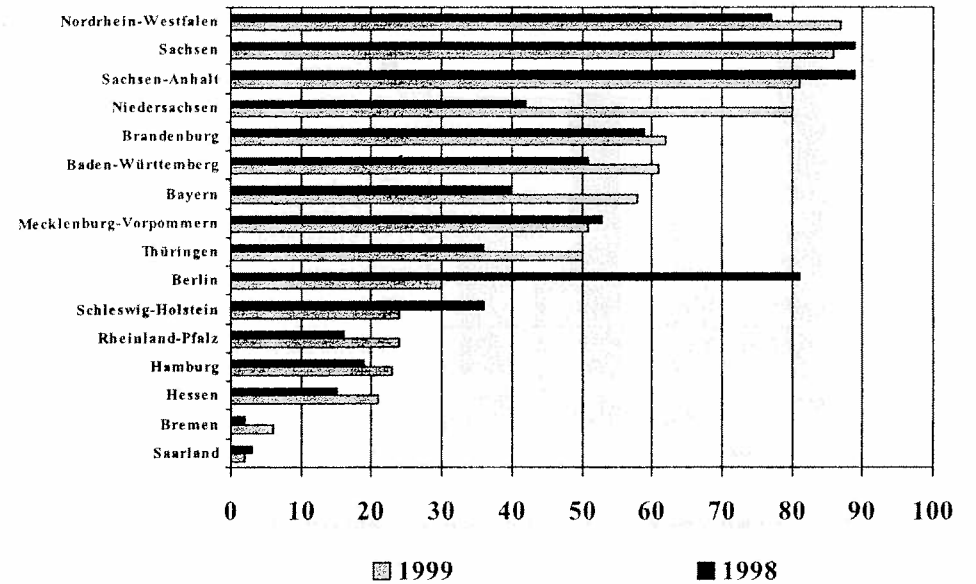
Grafik 1: Rechtsextremistisch motivierte Straftaten



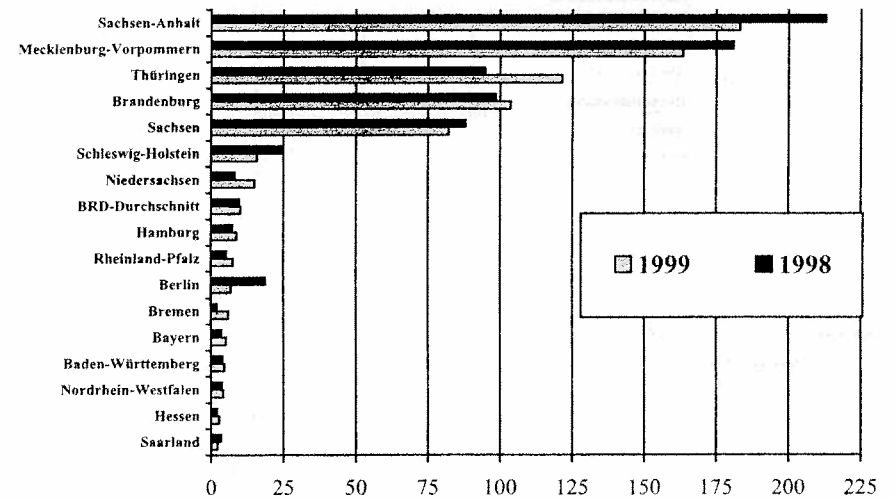
Grafik 2: Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremistischen Hintergrund (Zielrichtungen)



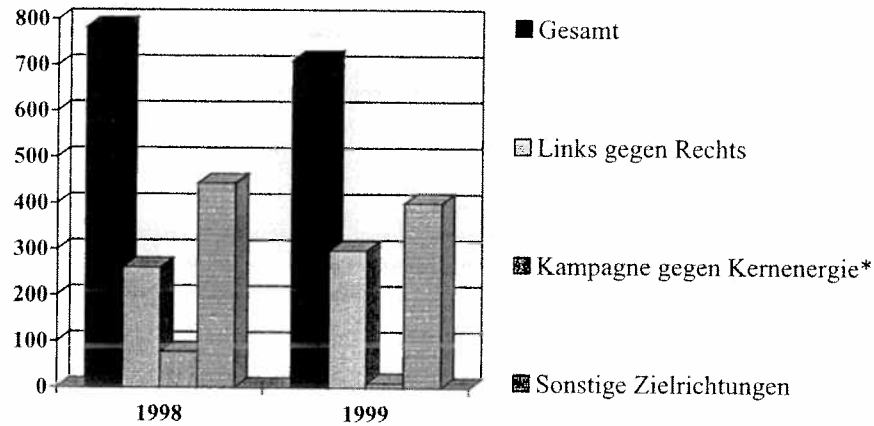
Grafik 3: Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremistischen Hintergrund (in den Ländern)



Grafik 4: Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremistischen Hintergrund (je 100.000 Ausländer in den Ländern)



Grafik 5: Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem linksextremistischem Hintergrund (Zielrichtungen) (* Mitenthalten sind die Angaben über die ANTI-CASTOR-Kampagne.)



Grafik 6: Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem linksextremistischem Hintergrund (in den Ländern)

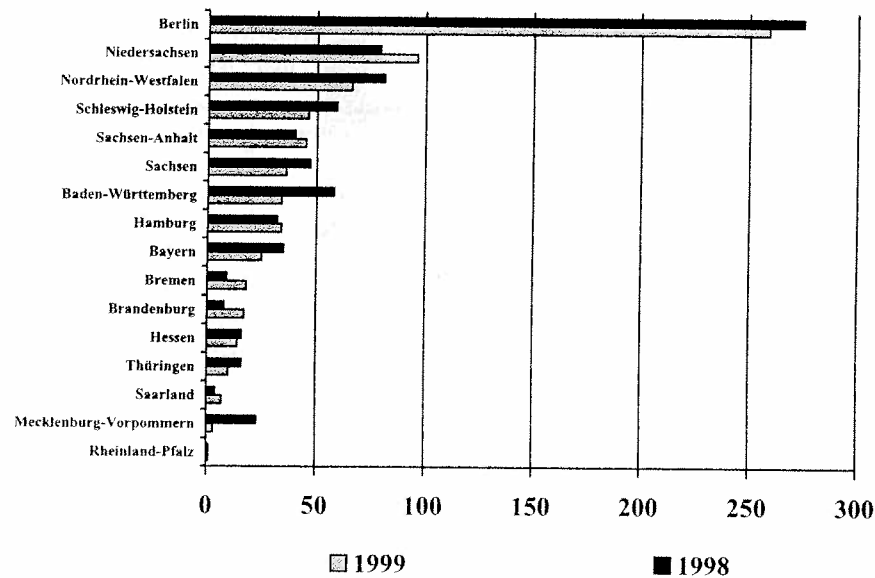


Tabelle 2: Variablen der empirischen Analyse

Variable	Variablendefinition	Mittelwert im Datensatz		
		Bund	Alte Länder	Neue Länder
REP 1994 (1999)	Stimmenanteile der REP bei der Europawahl 1994 (1999) im Bundesgebiet/West/Ost (einschl. Berlin), in %	3,92 (1,70)	4,17 (1,66)	3,05 (1,86)
NPD 1994 (1999)	Stimmenanteile der NPD bei der Europawahl 1994 (1999) im Bundesgebiet/West/Ost (einschl. Berlin), in %	0,22 (0,40)	0,21 (0,26)	0,25 (0,87)
PDS 1994 (1999)	Stimmenanteile der PDS bei der Europawahl 1994 (1999) im Bundesgebiet/West/Ost (einschl. Berlin), in %	4,72 (5,79)	0,60 (1,21)	18,65 (21,08)
Stadtkreis	Dummy-Variable (kreisfreie Stadt: 1, sonst: 0)	---	---	---
Ostdeutschland	Dummy-Variable (neue Länder: 1, sonst: 0)	---	---	---
Wahl 1994	Dummy-Variable (Europawahl 1994: 1, sonst: 0)	---	---	---
Ausländer	Anteil der Ausländer an den Einwohnern in %	9,0	10,4	4,0
Ausländerentwicklung	Entwicklung der Zahl der Ausländer seit 1990 in %	2,1	2,1	1,6
Jugend	Anteil der Einwohner von 18 bis unter 25 Jahren an den Einwohnern in %	7,7	7,5	8,1
Jugendentwicklung	Entw. der Zahl der 18- bis unter 25-Jährigen seit 1990 in %	-22,0	-24,0	-14,5
Senioren	Anteil der Einwohner von 65 Jahren und älter an den Einwohnern in %	15,8	16,0	15,2
Seniorenentwicklung	Entw. der Zahl der 65-jährigen und Älteren seit 1990 in %	8,8	9,6	5,8
Sozialhilfeempfänger	Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen je 1.000 Einwohner	35,1	35,6	33,2
Sozialhilfeentwicklung	Entwicklung der Zahl der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in den letzten fünf Jahren in %	15,6	10,4	42,1
Sozialhilfe - Ausländer	Anteil ausländischer Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen an den Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in %	21,5	23,3	14,7
Wohngeldempfänger	Haushalte, die Empfänger von Mietzuschuß/Lastenzuschuß sind, je 1.000 Haushalte	40,8	31,3	75,4
Höherqualifizierte	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit hoher Qualifikation (d.h. mit Abschluß an höherer Fachschule, Fachhochschule, Hochschule oder Universität) an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in %	8,0	7,4	10,4

Tabelle 2 (Fortsetzung): Variablen der empirischen Analyse

Höhere Schüler	Anteil der Schüler in Real-, Gesamtschulen und Gymnasien an den Schülern in %	47,1	43,5	58,2
Höhere Schüler - Ausländer	Anteil der Ausländer an den Schülern in Real-, Gesamtschulen und Gymnasien in %	5,3	7,0	1,4
Studenten	Studenten an wissenschaftlichen Hochschulen und Fachhochschulen je 1.000 Einwohner	22,2	23,3	18,1
Volkshochschulangebot	Angebote Kurse je 10.000 Einwohner	63,0	71,5	31,4
Lohn	Monatliche Lohn- und Gehaltssumme je Industriebeschäftigtem in DM	5.724	5.902	4.251
Arbeitslosigkeit	Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern in %	11,7	9,8	18,2
Arbeitslosigkeitsentwicklung	Prozentpunktdifferenz zur Arbeitslosenquote von 1993	1,8	1,7	2,7
Arbeitslosigkeit - Frauen	Anteil der arbeitslosen Frauen an den Arbeitslosen in %	47,4	44,1	53,2
Arbeitslosigkeitsentwicklung - Frauen	Entwicklung der Zahl der arbeitslosen Frauen seit 1993 in %	8,8	19,7	-4,3
Arbeitslosigkeit - Ausländer	Anteil der arbeitslosen Ausländer an den Arbeitslosen in %	12,6	17,3	4,1
Arbeitslosigkeitsentwicklung - Ausländer	Entwicklung der Zahl der arbeitslosen Ausländer seit 1993 in %	41,4	40,5	48,8
Jugendarbeitslosigkeit	Arbeitslose unter 25 Jahren je 1.000 Einwohner im Alter von 15 bis unter 25 Jahren	47,0	41,0	65,0
Langzeitarbeitslosigkeit	Anteil der Arbeitslosen, die mindestens ein Jahr arbeitslos sind, an den Arbeitslosen in %	37,1	38,4	34,7
Ausbildungsplatzdichte	Gesamtangebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen je 100 Nachfrager in %	98,1	100,1	91,9
Tertiärer Sektor	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Tertiären Sektor an den soz.-pflichtig Beschäftigten in %	59,8	58,6	64,0
Auslandsumsatz	Auslandsumsatz im Prod. Gewerbe je Beschäftigtem in 1.000 DM (Durchschnitt der letzten fünf Jahre)	91,5	98,4	35,2
Wertschöpfung	Bruttowertschöpfung je Einwohner in DM	39.180	42.954	25.572
Wohnfläche	Wohnfläche je Einwohner in m ²	37,9	38,8	34,2
Wohnflächenentwicklung	Differenz der Wohnfläche je Einwohner zu 1990 in m ²	3,1	2,4	5,2
Wohnungsbauförderung	Anteil der geförderten Wohnungen an den fertiggestellten Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden in %	18,6	17,7	20,4
Wohndichte	Personen je Haushalt	2,21	2,26	2,06

Tabelle 3: Schätzergebnisse für Determinanten des Wahlerfolges der REP und NPD (Random Effects Panel GLS)

Variable	REP + NPD Bundesweit	REP Alte Länder	NPD Alte Länder
Stadtkreis	0,149 (0,66)	0,115 (0,41)	-0,045* (1,75)
Ostdeutschland	-2,078*** (2,76)	---	---
Wahl 1994	2,407*** (14,23)	2,915*** (13,82)	-0,055*** (3,22)
Ausländer	0,105* (1,75)	0,148** (2,07)	0,001 (0,14)
Ausländerentwicklung	-0,022 (0,29)	-0,035 (0,43)	-0,001 (0,20)
Jugend	-0,238 (1,63)	-0,336* (1,86)	-0,022 (1,33)
Jugendentwicklung	0,161*** (8,78)	0,097*** (4,37)	0,003 (1,54)
Senioren	0,041 (0,90)	-0,011 (0,18)	-0,002 (0,46)
Seniorenentwicklung	-0,061*** (3,77)	-0,003 (0,16)	-0,004** (2,50)
Sozialhilfeempfänger	-0,016*** (2,89)	-0,009 (1,32)	0,001 (1,38)
Sozialhilfeentwicklung	-0,004** (2,36)	-0,005*** (2,82)	0,000* (1,72)
Sozialhilfe - Ausländer	-0,035*** (7,72)	-0,073*** (9,59)	0,001 (1,61)
Wohngeldempfänger	-0,016*** (3,24)	-0,054*** (6,66)	-0,002*** (2,59)
Höherqualifizierte	0,035 (1,03)	-0,041 (0,86)	0,003 (0,67)
Höhere Schüler	-0,012 (1,43)	0,004 (0,44)	0,002* (1,94)
Höhere Schüler - Ausländer	-0,062** (2,22)	-0,051* (1,66)	-0,001 (0,20)
Studenten	-0,002** (1,98)	0,001 (0,42)	-0,000 (0,58)
Volkshochschulangebot	0,003** (2,06)	0,001 (0,62)	-0,000* (1,76)
Lohn	-0,000** (2,49)	-0,000 (0,90)	-0,000*** (2,67)
Arbeitslosigkeit	0,175***	0,357***	0,004

	(4,66)	(6,85)	(1,08)
Arbeitslosigkeitsentwicklung	0,005 (0,72)	-0,117 (0,94)	-0,015 (1,37)
Arbeitslosigkeit - Frauen	-0,017 (0,98)	0,018 (0,84)	0,001 (0,34)
Arbeitslosigkeitsentwicklung - Frauen	0,001 (0,12)	0,008 (1,10)	0,001 (1,56)
Arbeitslosigkeit - Ausländer	0,103*** (3,99)	0,118*** (3,96)	0,003 (1,08)
Arbeitslosigkeitsentwicklung - Ausländer	0,000 (0,15)	0,002 (0,74)	-0,001** (2,27)
Jugendarbeitslosigkeit	-0,015* (1,85)	-0,018* (1,74)	0,002*** (2,84)
Langzeitarbeitslosigkeit	-0,024* (1,87)	-0,066*** (3,92)	-0,001 (0,87)
Ausbildungsplatzdichte	-0,022** (1,98)	-0,008 (0,57)	-0,004*** (3,24)
Tertiärer Sektor	-0,026*** (2,93)	-0,015 (1,42)	-0,001 (0,86)
Auslandsumsatz	-0,000 (0,09)	-0,000 (0,16)	-0,000 (0,75)
Wertschöpfung	-0,000 (1,01)	-0,000 (0,41)	-0,000 (0,14)
Wohnfläche	0,024 (0,70)	0,025 (0,54)	0,001 (0,20)
Wohnflächenentwicklung	0,522*** (5,62)	0,356*** (3,19)	0,003 (0,29)
Wohnungsbauförderung	-0,004*** (2,61)	-0,002 (0,58)	0,000 (0,49)
Wohndichte	0,005 (0,29)	-0,020 (0,94)	-0,000 (0,10)
Konstante	10,99*** (3,63)	7,508** (2,01)	0,921*** (2,85)
Wald - χ^2 (35)	1880,81	2159,97	231,94
Anzahl der Beobachtungen	878	656	656

Hinweis: absolute t-Werte in Klammern; „***“, „**“ und „*“ bezeichnen statistische Signifikanz auf dem 1-, 5- bzw. 10-Prozent-Niveau Ablehnungswahrscheinlichkeit (zweiseitiger Test).

Tabelle 4: Schätzergebnisse für Determinanten des Wahlerfolges der PDS (Random Effects Panel GLS)

Variable	PDS Bundesweit	PDS Neue Länder
Stadtkreis	1,485*** (3,57)	6,56*** (4,96)
Ostdeutschland	14,790*** (3,57)	---
Wahl 1994	-1,078*** (4,51)	-36,118*** (7,84)
Ausländer	-0,146 (1,38)	0,549* (1,75)
Ausländerentwicklung	0,138 (1,17)	11,676*** (7,57)
Jugend	-0,114 (0,46)	-2,063*** (3,32)
Jugendentwicklung	0,117*** (3,89)	-0,795** (2,46)
Senioren	-0,689*** (9,40)	-0,687*** (3,16)
Seniorenentwicklung	-0,133*** (5,58)	0,562* (1,78)
Sozialhilfeempfänger	-0,002 (0,26)	0,011 (0,24)
Sozialhilfeentwicklung	-0,004** (2,25)	-0,006 (0,65)
Sozialhilfe - Ausländer	-0,017*** (3,19)	-0,149*** (7,64)
Wohngeldempfänger	0,025*** (2,76)	-0,021 (1,00)
Höherqualifizierte	0,131** (2,21)	0,097 (0,57)
Höhere Schüler	-0,025* (1,70)	0,048 (0,47)
Höhere Schüler - Ausländer	-0,000 (0,00)	1,788 (1,61)
Studenten	-0,011*** (2,74)	-0,027 (1,54)
Volkshochschulangebot	-0,000 (0,03)	0,004 (0,27)
Lohn	0,000 (0,44)	0,000 (0,90)
Arbeitslosigkeit	-0,112**	0,029

	(2,32)	(0,24)
Arbeitslosigkeitsentwicklung	0,035***	0,030
	(3,91)	(0,89)
Arbeitslosigkeit - Frauen	-0,103***	-0,103
	(3,69)	(1,14)
Arbeitslosigkeitsentwicklung - Frauen	-0,005	-0,003
	(0,60)	(0,02)
Arbeitslosigkeit - Ausländer	-0,021	-0,960*
	(0,48)	(1,84)
Arbeitslosigkeitsentwicklung - Ausländer	0,005	-0,408***
	(1,23)	(4,34)
Jugendarbeitslosigkeit	0,028**	-0,001
	(2,55)	(0,04)
Langzeitarbeitslosigkeit	0,064***	0,110**
	(3,40)	(2,39)
Ausbildungsplatzdichte	-0,017	-0,046
	(1,20)	(1,35)
Tertiärer Sektor	0,013	0,026
	(0,83)	(0,63)
Auslandsumsatz	-0,005**	0,004
	(2,27)	(0,39)
Wertschöpfung	0,000	0,000
	(0,16)	(0,53)
Wohnfläche	-0,064	-0,422***
	(1,06)	(3,16)
Wohnflächenentwicklung	0,610***	22,630***
	(4,20)	(7,94)
Wohnungsbauförderung	-0,009***	-0,000
	(4,40)	(0,03)
Wohndichte	0,097***	0,078
	(3,22)	(0,97)
Konstante	19,59***	-75,53***
	(4,17)	(3,34)
Wald - χ^2 (35)	9378,32	1118,50
Anzahl der Beobachtungen	878	224

Hinweis: absolute t-Werte in Klammern; „***“, „**“ und „*“ bezeichnen statistische Signifikanz auf dem 1-, 5- bzw. 10-Prozent-Niveau Ablehnungswahrscheinlichkeit (zweiseitiger Test).

LITERATUR

- Armingeon, K. (1995): Der Schweizer Rechtsextremismus im internationalen Vergleich. In: Schweizer Zeitschrift für Politikwissenschaft 1 (4), 41-64.
- Arzheimer, K. und Klein, M. (1997): Die Wählerinnen und Wähler der PDS und der REP in West- und Ostdeutschland. In: U. Backes und E. Jesse (Hg.), Jahrbuch Extremismus und Demokratie 8 (Nomos, Baden-Baden), 39-63.
- Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz/Bayerisches Staatsministerium des Inneren (2000): Verfassungsschutzbericht Bayern – 1. Halbjahr 2000. <http://www.verfassungsschutz.bayern.de/Publikationen.htm> (August 2000).
- Betz, H.G. und Welsh, H.A. (1995): The PDS in the new German party system. In: German Politics 4 (3), 92-111.
- Bijlsma, T. und Koopmans, F. (1996): Voting for the Extreme Right in Amsterdam. In: Sociologische Gids 43 (3), 171-182.
- Bogue, D.R. und Bogue, E.J. (1982): Ecological Correlation Reexamined: A Refutation of the Ecological Fallacy. In: G.A. Theodorson (Hg.), Urban Patterns: Studies in Human Ecology (Pennsylvania State University Press, University Park), 88-103.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (div. Jg.): Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn).
- Bundesamt für Verfassungsschutz (1999): Rechtsextremistische Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Agitation, Ziele, Wahlen (Bundesamt für Verfassungsschutz, Köln).
- Bundesamt für Verfassungsschutz/Bundesministerium des Inneren (2000): Verfassungsschutzbericht 1999. <http://www.verfassungsschutz.de> (August 2000).
- Economist (1999): Facism resurgent? In: The Economist, October 9th, 1999.
- Falter, J.W. (1994): Zur Psychographie der Wähler der Republikaner und der DVU. Probleme, Sorgen und Einstellungen. In: Politische Studien 336, 68-91.
- Falter, J.W. und Klein, M. (1994): Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland (Beck, München).
- Fascher, E. (1997): Die politischen Erfolgsaussichten der „Republikaner“ in Deutschland. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 28 (1), 21-29.
- Fisher, S.L. (1973): The Wasted Vote Thesis. In: Comparative Politics 6, 293-299.
- Flanigan, W.H. und Zingale, N. (1985): Alchemist's Gold: Inferring Individual Relationships from Aggregate Data. In: Social Science History 9, 71-92.
- Forschungsgruppe Wahlen (1989): Europawahl. Eine Analyse der 3. Direktwahl zum Europaparlament 15. bis 18. Juni 1989. Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V. 54 (Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim).

- Friedrichsen, M., Schulz, W. und Wolling, J. (1995): Die Republikaner als Medienereignis. Eine Analyse zum Zusammenhang zwischen Medienaufmerksamkeit und Rechtsextremismus am Beispiel des Wahlkampfes zur Abgeordnetenhauswahl in Berlin 1989. In: *Publizistik* 40 (2), 129-151.
- Greene, W.H. (1993): *Econometric Analysis* (Macmillan, New York u.a.).
- Hopf, W. (1994): Right-Wing Extremism of German Adolescents: No Relation to Social Deprivation? In: *Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie* 14 (3), 194-211.
- Ignazi, P. (1992): The Silent Counter-Revolution. Hypotheses on the Emergence of Extreme Right-Wing Parties in Europe. In: *European Journal of Political Research* 22, 3-34.
- Infratest dimap (1999): Europa TREND 1. Welle, Mai 1999, <http://www.infratest-dimap.de/politik/europa99/et1.html> (Oktober 2000).
- Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Abteilung Verfassungsschutz (1995): Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 1994, <http://www.verfassungsschutz.nrw.de/dokument.htm> (August 2000).
- Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Abteilung Verfassungsschutz (2000): Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 1999, <http://www.verfassungsschutz.nrw.de/dokument.htm> (August 2000).
- Jagodzinski, W., Friedrichs, J. und Dulmer, H. (1995): Urban Conflict and Voting Pattern: Some Tentative Generalizations from the Last State Election in Hamburg. In: *Res Publica* 37 (2), 177-188.
- Januschek, F. (1993): Jörg Haider und der Rechtspopulismus in Österreich. In: C. Butterwege und S. Jäger (Hg.), *Rassismus in Europa* (Köln), 144-160.
- Jung, H. (1994): Wertorientierungen von Nicht- und Protestwählern. In: *Politische Studien* 336, 5-34.
- King, G. (1997): A Solution for the Ecological Inference Problem: Reconstructing Individual Behavior from Aggregate Data (Princeton University Press, Princeton).
- Knigge, P. (1998): The Ecological Correlates of Right-Wing Extremism in Western Europe. In: *European Journal of Political Research* 34 (2), 249-279.
- Kramer, G.G. (1983): The Ecological Fallacy Revisited: Aggregate- versus Individual-Level Findings on Economics and Elections, and Sociotropic Voting. In: *American Political Science Review* 77 (1), 92-111.
- Lepszy, N. (1989): Die Republikaner. Ideologie, Programm, Organisation. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 41-42/89, 3-9.
- Luther, K.R. (1991): Die Freiheitliche Partei Österreichs. In: H. Dachs u.a. (Hg.), *Handbuch des Politischen Systems Österreichs* (Wien), 247-262.

- Mayer, N. (1996): Rechtsextremismus in Frankreich: Die Wähler des Front National. In: *Politische Vierteljahresschrift* (Sonderheft 27), 388-405.
- Menudier, H. (1998): Saxe-Anhalt: Inquiétante Poussée de l'Extrême-Droite. Documents. In: *Revue des Questions allemandes* 53 (2), 18-24.
- Neu, V. (2000): Die PDS im Westen: Zwischen Stagnation und Aufbruch? In: G. Hirscher und P.C. Segall (Hg.), *Die PDS: Zustand und Entwicklungsperspektiven* (Hanns-Seidel-Stiftung, Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 20, München), 59-87.
- Niedermayer, O. (1994): Europäisches Parlament und öffentliche Meinung. In: O. Niedermayer und H. Schmitt (Hg.), *Wahlen und Europäische Einigung* (Westdeutscher Verlag, Opladen), 29-44.
- Noelle-Neumann, E. und Köcher, R. (1993): *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984-1992* (Saur: München u.a.).
- Plasser, F. und Ulram, P.A. (1995): Wandel der politischen Konfliktodynamik: Radikaler Rechtspopulismus in Österreich. In: W.C. Müller, F. Plasser und P.A. Ulram (Hg.), *Wählerverhalten und Parteiwettbewerb: Analysen zur Nationalratswahl 1994* (Wien), 471-503.
- Pöttker, H. (1996): Politikverdrossenheit und Medien. Daten und Reflexionen zu einem virulenten Problem. In: O. Jarren, H. Schatz und H. Weßler (Hg.), *Medien und politischer Prozeß. Politische Öffentlichkeit und massenmediale Politikvermittlung im Wandel* (Westdeutscher Verlag, Opladen), 59-69.
- Rippl, S. u.a. (1998): Sind Männer eher rechtsextrem und wenn ja, warum? Individualistische Werthaltungen und rechtsextreme Einstellungen. In: *Politische Vierteljahresschrift* 39 (4), 758-774.
- Robinson, W.S. (1950): Ecological Correlations and Behaviour of Individuals. In: *American Sociological Review* 15, 351-357.
- Saalfeld, T. (1993): The Politics of National-Populism: Ideology and Policies of the German Republikaner Party. In: *German Politics* 2 (2), 177-199.
- Schmitt, H. (1994): Was war „europäisch“ am Europawahlverhalten der Deutschen? In: O. Niedermayer und H. Schmitt (Hg.), *Wahlen und Europäische Einigung* (Westdeutscher Verlag, Opladen), 63-83.
- Schulte-Peevers, A. u.a. (2000): *Lonely Planet Germany* (Stuttgart).
- Stögbauer, C. (2000): The Radicalization of the German Electorate: Swinging to the Right and Left in the Twilight of the Weimar Republic (Manuskript, Universität München, Seminar für Wirtschaftsgeschichte).
- Torfs, K. (1991): Verschillen in Stemgedrag bij Gemeenteraadsverkiezingen en Socio-Economische Kenmerken van Gemeenten. In: *Res Publica* 33 (2), 205-227.